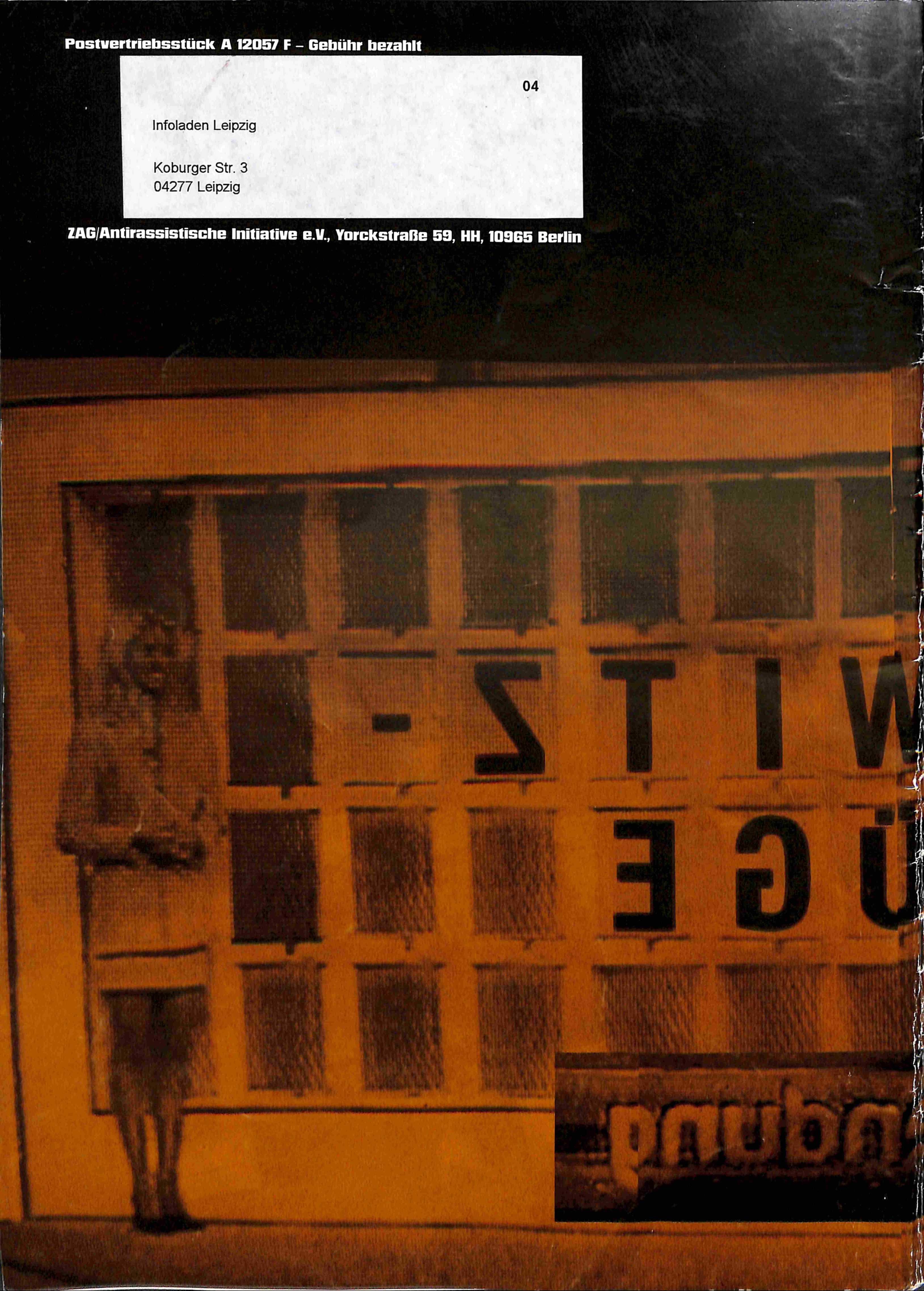
2. Quartal 2001 Nr. 39

ZAG

antirassistische zeitschrift
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F
6 DM

ANTISEMITISMUS


Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt
04
Infoladen Leipzig
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, HH, 10965 Berlin

INHALT

Die ZAG hat stets Interesse an MitarbeiterInnen und Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit „Seit der Abschaffung des Asylsrechts..." beginnen sollten. Texte bitte einmal auf Diskette im MS-DOS- oder Winword-Format und einmal ausgedruckt an untenstehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte unbedingt eine Kontaktadresse angeben.

Impressum
ZAG – antirassistische Zeitschrift
Herausgeberin:
Antirassistische Initiative e.V.
Redaktionsanschrift
ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
fon 030/785 72 81
fax 030/786 99 84
email:
zag@mail.nadir.org
homepage:
http://www.zag-berlin.de
Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
(ARI: 303 96 00)
BLZ: 100 205 00
Erscheinungsweise: vierteljährlich
V.i.S.d.P.
Markus Stilo
Layout
face it!
Titel
face it!
Druck
EinDruck Berlin

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 15. 11. 2001
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom
01.04.01

Wie langjährigen Lesern sicher nicht entgangen ist, handelt es sich bei der ZAG um ein eher langsames Produkt der Zeitschriftenlandschaft. So liegen zwischen Endredaktion und Erscheinungstermin Wochen. So waren die spektakulären Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon – von daran interessierten Kreisen als Kriegserklärung gewertet – nach der Endredaktion. Deshalb nehmen die Artikel nicht explizit Stellung dazu, „... obwohl man vieles nach den Twin Towers schon wieder anders akzentuieren möchte...", wie Detlev Clausen treffend formulierte. Auch das Interview mit ihm auf S. 23 fand vor dem „Anschlag der die Welt veränderte" statt.

Eine Neugestaltung des Heftes, das ohnehin einen Spitzenplatz in der zaginternen Pannenstatistik einnimmt, kam nicht in Frage und so fehlt die Kommentierung der deutschen Vergangenheitsbewältigung der besonderen Art. Die Generalmobilmachung Deutschlands nach wihelminischem Muster – ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche – soll uns endlich die volle Kriegsfähigkeit wiederverleihen. Sie verläuft in der Konstruktion des Feindbildes erfolgreich. So zahlt sich die lange Vorarbeit der Elite der Nation endlich aus: Der Krieg der Zivilisation gegen die Mächte der Finsternis kann rollen. Das Böse hat einen Namen bekommen. Die unermüdliche Pflege, Förderung und Produktion rassistischer Sichtweisen, Einstellungen und Haltungen liefert die weitgehend widerspruchslose Frontstellung des „Wir" gegen „Die Anderen". In Deutschland fühlt sich die Volksgemeinschaft bedroht. Deutschland geht wieder in den Herbst. Der letzte sorgte für eine hochinteressante Neugestaltung von Grundrechten, für diesen ist das auch schon angekündigt. Die Gunst der Stunde muss genutzt werden, standen doch ohnehin ein paar Kleinigkeiten an.

Auch im größeren Maßstab läuft alles wunschgemäß. Die in den letzten Jahren ständig um die Rechtfertigung ihrer Existenz ringenden Militärs feiern vermutlich Champagnerparties, gelang es ihnen doch, in alter Perfektion ihre „Lösungen" frei jeglicher Alternativen zu präsentieren. Endlich wieder große Fronten und kein Gezeter, wenn die ersten Särge gen Heimat rollen.

Die langsam aufkeimenden Proteste gegen Krieg, sind allerdings von dubiosen Figuren durchsetzt. So war auf der ersten Berliner „Demonstration gegen Krieg" der „Aktivist" im Lautsprecherwagen noch nicht mit den ausgetauschten Textstellen des antiimperialistischen Standardtextes hinreichend vertraut. Aus dem afghanischen Volk wurde plötzlich das palästinensische. Das war dem Teil der blind antiamerikanischen, propalästinensischen KämpferInnen egal, beim zurechnungsfähigeren Teil sorgte es für Erheiterung und eine galoppierende Schwindsucht an TeilnehmerInnen. Überhaupt haben Völker ja wieder Konjunktur. Mit völkischen Parolen zur Befreiung der Menschheit? So alte Vorstellungen und Slogans wie: Die Grenze verläuft zwischen oben und unten, sind gerade nicht en vogue. Das dumpfe Gefühl, dass hoffentlich keine Synagoge auf der Demonstrationsroute liege, da diese „revolutionären Massen" kaum ohne antisemitische Bekundungen daran vorbeidefilieren dürften, war nicht zu unterdrücken.

Bei alldem bleibt es ein Rätsel warum niemand öffentlich feststellt, dass der Anschlag in den USA ein voller Erfolg war – so er denn wirklich aus jener Ecke kommt, die dafür verantwortlich gemacht wird. Die entsprechenden islamistischen und fundamentalistischen Gruppierungen sehen ihre Vorstellung einer antiislamischen Allianz des Westens bestätigt, der Zulauf ist entsprechend. Mit markigen Worten der Kategorie „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" wird auch alles dafür getan, alle politischen Gegner und Kritik in diese Ecke zu stellen.

Der faschistische Charakter dieses Anschlags hatte die entsprechende Wirkung. Gefeiert wird er deshalb auch von den hiesigen Nazis. Die haben auch schon länger ihr Herz für den nationalen Befreiungskampf in Palästina entdeckt. Dass diese neuen Freunde bei den „alten KämpferInnen" nicht zu der Überlegung führen, dass eine etwas differenziertere und weniger pauschale Wahrnehmung dieses Befreiungskampfes angebracht wäre, stimmt nachdenklich. Irgend etwas muss schon seltsam an einer Sache sein, die derartigen „Beifall von der falschen Seite" erhält. Eine eindeutigere Abgrenzung täte dringend Not.

Noch immer unverdrossen anti

Eure zag

Freiheit für Mumia Abu Jamal!

Dieser Sampler ist für Mumia Abu Jamals Prozeßkosten bestimmt. Weit über die Hälfte des Verkaufspreises gehen auf das Prozeß-Soli-Konto.* **Ihr kriegt ihn umsonst, wenn Ihr die ZAG abonniert** (4 Ausgaben für 24 DM)! Weitere Infos und Bestellkarte auf der vorletzten Seite.



* Falls Ihr spenden möchtet, bitte auf folgendes Konto:
M. Abu-Jamal/Archiv 92
BfG Bank Bremen · BLZ 29010111 · Konto-Nr. 1008738701

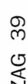
Von Oldham bis Bradford:

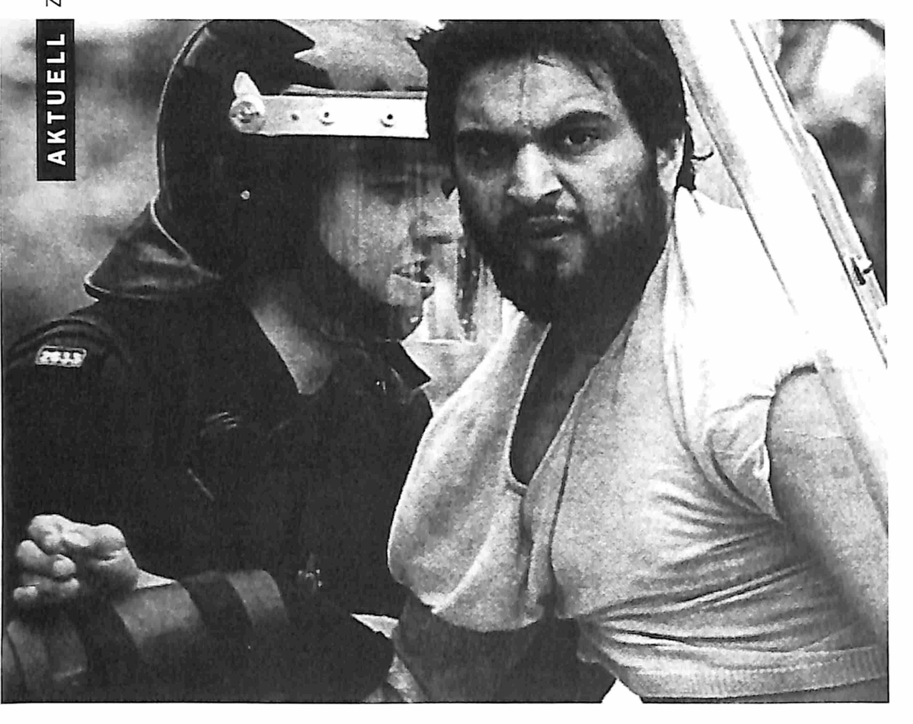
Die Gewalt der zur Gewalt Getriebenen

Von April bis Mai wurden die nordenglischen Städte Oldham, Burnley und Bradford von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jungen Asiaten und der Polizei erschüttert. Sie erreichten ihren Höhepunkt bei Zusammenstößen in Bradford zwischen dem 7. und 9. Juli. 200 Polizisten wurden dabei verletzt.



Übergriffe auf die asiatische Community von Seiten rassistischer Gangs und das Versagen der Polizei, die Community vor dieser Bedrohung zu schützen, provozierten die Ausschreitungen. Betrachtet man das Ausmaß der verursachten Schäden und die Bestürzung unter der britischen Bevölkerung, waren die Ausschreitungen von 2001 die schlimmsten seit den Aufständen von Handworth, Brixton und Tottenham im Jahre 1985.
Die Feuer, die im Sommer 2001 über Lancashire und Yorkshire brannten, zeigten die Wut junger Pakistani und Bangladeshi der zweiten und dritten Generation. Diese Jugendlichen, um ihre Zukunft gebracht, umgeben von Rassismus und im Stich gelassen von ihren eigenen Anführern und Vertretern, waren nicht gewillt, einfach herumzustehen, als zuerst Faschisten und dann Polizisten ihre Straßen heimsuchten. Ihre Gewalt war spontan, improvisiert und planlos. Nicht zu vergleichen mit der organisierte Selbstverteidigung der Community von 1981, als das Asian Youth Movement die Hambrough Tavern in Southall niederbrannte, in der sich Faschisten versammelt hatten oder als zwölf Mitglieder der Bradford Black United Youth League verhaftet wurden, weil sie Benzinbomben herstellt hatten, um auf gewalttätige Überfälle von Faschisten in ihrem Viertel zu reagieren. Während die Aufstände in Brixton, Handsworth, Tottenham und Toxteth in den Jahren 1981 und 1985 von der Gewalt einer im Zorn über die grobe Behandlung durch die Polizei vereinten – schwarzen und weißen – Community geprägt waren, wurden die jetzigen Feuer von Jugendlichen angezündet, die sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Communities abseits stehen – von Jugendlichen, deren Gewalt folglich weitaus verzweifelter war. Es war die Gewalt von gespaltenen Communitites – gespalten durch ethnische Grenzen (colour lines), Klassengrenzen und unter-





sind unter den Radar der Blairschen Regierung gesunken, die ihrerseits mehr mit dem Wohlstand der Mitglieder des Asian Millionaires Club beschäftigt ist.

schiedlichen polizeilichen Vorgehensweisen (police lines). Es war die Gewalt der Hoffnungslosen. Es war die Gewalt der zur Gewalt Getriebenen.

Das Ende der Arbeit

Der Kolonialismus ist verwoben mit der Geschichte der Spinnereien in den nordenglischen Städten seit dem Beginn der industriellen Revolution. Das Spinnen der Baumwolle, auf der der frühe Aufstieg der Städte basierte, war die Technik, die, eingeführt aus Indien, eine zentrale Bedeutung für die Entstehung Nordenglands als „Fabrik der Welt" hatte. Baumwolle von den Plantagen der Karibik, aus den südlichen US-Staaten oder den Feldern Bengalens (heute Indien und Bangladesh) wurde nach Lancashire und Yorkshire gebracht, um dort zu Stoffen verarbeitet zu werden, die dem Empire einen guten Gewinn brachten. Das war globaler Handel vor der Globalisierung.

In den Sechzigern investierten die Spinnereien in neue Technologien, welche zur Gewinnmaximierung 24 Stunden täglich in Betrieb waren. Die Nachtschichten, welche bei den Arbeitskräften unbeliebt waren, wurden zu der Domäne der Pakistanis und Bangladeshis, die sich nun in den Spinnereistädten niederließen. Aber als die Maschinen weiterentwickelt wurden, verringerte sich der Bedarf an Arbeitskräften; gleichzeitig bekam man dieselbe Arbeitsleistung woanders billiger. Die Arbeit, die einst billig von Bangladeshis in Nordengland vollbracht wurde, konnte nun weitaus billiger von Bangladeshis in Bangladesh geleistet werden. Als die Spinnereien verfielen, landeten ganze Städte auf dem Schrottplatz. Schwarze und weiße Arbeiter waren in ihrer Arbeitslosigkeit vereint.

Die einzige Zukunft der asiatischen Communities liegt heute im lokalen Dienstleistungssektor. Einige haben ihre Ersparnisse zusammengekratzt und ein Geschäft, ein Restaurant oder ein „Take-Away" eröffnet. Ansonsten arbeiten sie als Taxifahrer (minicabbing), mit langen Arbeitszeiten und dem Risiko von – oft rassistisch motivierten – Übergriffen. Mit dem Ende der Textilindustrie ist der öffentliche Dienst zum größten Arbeitgeber geworden, wobei dort die meisten Jobs den Weißen vorbehalten bleiben.

Zum Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts ist eine Generation herangewachsen, die von hoher Arbeitslosigkeit betroffen ist. Unter jungen Asiaten in Oldham erreicht die Zahl der Arbeitslosen 50%. Jenseits der Pennine Hills – von Oldham, Burnley, Accrington, Blackburn und Preston bis Bradford und Leeds – gehören eine Reihe von Pakistani und Bangladeshi Communities zu den verarmtesten in Großbritannien. Diese Communities

Erzwungene Trennung (forced segregation)

Die Textilindustrie war der gemeinsame Faden, der die weiße mit der asiatischen Arbeiterklasse zu einer „sozialen Struktur" verwob. Mit ihrem Zusammenbruch wurde jede Community gezwungen, sich um sich selbst zu kümmern. Die notleidenden „inner-city areas", bestehend aus alten „two-up-two-down" Reihenhäusern, welche für Textilarbeiterfamilien gebaut worden waren, wurden von den Weißen, die es sich leisten konnten, in die Vororte zu ziehen, verlassen. Die, die nicht dazu in der Lage waren, nutzten die diskriminierende Politik des sozialen Wohnungsbaus aus, welche Weißen die neuen – von asiatischen Vierteln getrennten – Siedlungen zuwies. Von Bradfords großem Bestand an Sozialwohnungen sind nur zwei Prozent Asiaten zugewiesen worden. In Oldham wurde die Behörde nach einer Untersuchung der „Commission for Racial Equality" aus dem Jahre 1990 für schuldig befunden, eine trennende Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Die Asiaten aber, die eine Sozialwohnung in den von Weißen dominierten Siedlungen erhielten, fanden ihre Häuser bald als Zielscheiben für Brandsätze wieder. Die Angst vor rassistischer Schikane bewirkte, dass die meisten Asiaten die Sicherheit ihrer eigenen Gebiete suchten, trotz der Überfüllung, trotz der feuchten und schmuddeligen Häuser und der Klaustrophobie einer eingesperrten Community.

Mit der Flut der aus den Ghettos fliehenden Weißen wurden die Grundstückspreise niedrig gehalten, was außerdem viele Asiaten ermutigte, ihr eigenes billiges Heim in diesen Vierteln zu kaufen. Es war eine staatlich unterstützte „weiße Flucht". Die Geographie der so getrennten nordenglischen Städte wurde zu einem Schachbrett sich gegenseitig ausschließender Viertel [1].

Räumliche Trennung führte zu einer

Trennung in Schule und Ausbildung. In einigen Vierteln bestand die Bevölkerung des Einzugsgebietes der Schule zu fast 100% aus einer ethnischen Gruppe. In anderen, wo die Bevölkerung des Einzugsgebietes aus verschiedenen Ethnien bestand, erlaubte das elterliche Wahlrecht weißen Eltern, ihre Kinder auf weiter entfernte, hauptsächlich weiße Schulen zu schicken. Das Resultat waren asiatische Ghettoschulen, in denen Versagen oder Misserfolge weitgehend erwartet wurden. Schlechte Ergebnisse konnten mit „kulturellen Problemen" wegargumentiert werden. Asiatische Mädchen würden sowieso verheiratet werden – also was soll's? Die Minderheit der Lehrer, die gewillt war, dieses Problem anzugehen, fand sich selbst kämpfend gegen eine Masse von institutionalisierten Vorurteilen wieder.

Da diesen Schulen der Geruch des Misserfolgs anhaftete, vertrauten einige asiatische Eltern auf sog. „faith schools", um das Bildungsniveau ihrer Kinder zu steigern. Schulen, die eine Bildung mit islamischem Rahmen anbieten.

Hier wuchs nun eine Generation von Weißen und Asiaten heran, deren einziger gegenseitiger Kontakt aus vagen, flüchtigen Blicken auf der Straße oder aus Informationen der lokalen Zeitungen bestand. Gegenseitiges Misstrauen keimte. Die örtliche Presse, die sich auf dubiose Polizeistatistiken stützte,[2] tat das ihre zur Förderung der Vorstellung, junge Asiaten wären Schläger, versessen darauf, willkürlich Weiße anzugreifen. Die alltägliche rassistische Gewalt gegen Asiaten wurde marginalisiert, während Gewalttaten von Asiaten gegen Weiße dramatisiert und fälschlich als „rassistisch motiviert" ausgelegt wurden.

Die Trennung der Communities, deren Ursache der institutionelle Rassismus ist, wurde nun als „self-segregation" wahrgenommen. Als Versuch von Asiaten, ihre eigenen geschlossenen Gebiete oder „no-go-areas" zu schaffen, weil sie sich nicht mit Weißen vermischen wollen. Es wurde zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Eine neue Generation

Während der Neunziger wurde eine neue Generation junger Asiaten in den nordenglischen Städten mündig; geboren und erzogen in England. Sie war nicht gewillt, den Zweite-Klasse-Status ihrer Eltern zu akzeptieren. Kamen Rassisten in ihre Straßen, die auf Konfrontation aus waren, begegneten sie dieser Gewalt ebenfalls mit Gewalt. Und weil die Polizei beim Vorgehen gegen rassistische Gruppen fortlaufend versagte, wurden gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen weißen und asiatischen Gruppen alltäglich. Zwangsläufig waren es junge Asiaten, die beim Eingreifen der Polizei die Hauptlast zu tragen hatten. Also wurden asiatische Gebiete stärker von der Polizei frequentiert, da diese entschied, dass Gangs asiatischer Jugendlicher „außer Kontrolle geraten". Die wirklichen Probleme, denen die asiatischen Communities gegenüberstanden wurden ignoriert. Dies war neben plötzlichen rassistischen Angriffen vor allem der schnell anwachsende Heroinmissbrauch. Unter jungen Asiaten wuchs ein Hass auf die Polizei, welche sie einerseits ungeschützt rassistischen Übergriffen überließ und sie andererseits kriminalisierte, wenn sie sich verteidigten. Aber diese neue Generation wurde auch von ihren eigenen, selbst ernannten Anführern der Community verkauft.

Die staatliche Reaktion auf frühere Unruhen Schwarzer war, eine schwarze Elite zu fördern, welche mit der Wut und dem Zorn innerhalb der Schichten der schwarzen Communities zurechtkam und diese in ihrer Gewalt hatte. Wo eine Mittelklasse existierte, wurde sie integriert, wo nicht, wurde eine geschaffen. Ab Mitte der Achtziger hielt eine neue Klasse „ethnischer Repräsentanten" Einzug in die Rathäuser, die vertretend für ihre eigene ethnisch abgegrenzte Minderheit sprach. Sie schlossen einen Pakt mit den Behörden; sie vertuschten und bemäntelten den Widerstand der schwarzen Communities im Austausch gegen freie Hand beim Schutz ihres eigenen Patriarchats. Das war ein koloniales Übereinkommen, das die Anführer der Communities von radikaler Kritik abhielt, aus Angst, dass die Gelder für ihre Lieblingsprojekte dadurch gestrichen würden. Die Behörden hofften, dass wenn sie den Niggern ein bisschen Geld hinwerfen, diese aufhören würden, sich zu beklagen. Die Vertreter der Communities bewiesen, dass diese Hoffnung berechtigt war. Das Resultat war, dass die schwarzen Communities gespalten wurden, horizontal durch die ethnische Zugehörigkeit (ethnicity), vertikal durch die Klasse. Unterschiedliche ethnische Gruppen sahen sich genötigt, um bewilligte Gelder für ihre Viertel zu konkurrieren. Die Armen und noch Ärmeren kämpften um die Reste dieser schäbigen Unterstützung, die die Regierung locker machte, um sie ruhig zu halten. Erhaltene Gelder wurden, nach inhaltslosen Gemeindeaufgaben, für Projekte verwendet, die besonders den zunehmend unruhigeren Jugendlichen wenig nützten. Schlimmer noch, das Problem des Rassismus wurde mehr und mehr als ethnisches Problem wahrgenommen. Zur „Rassismusbekämpfung" musste also nur irgendein ethnisches Projekt, egal wie dubios, gegründet werden. Wie es Sivanandan formulierte: „equal opportunities became equal opportunism".[3] ...

Die Umdeutung von Anti-Rassismus zu ethnischer Anerkennung griff auch auf die Schulen über, wo Unterricht über andere Kulturen als beste Strategie angesehen wurde, die Trennung zu überwinden. Unglücklicherweise taugte die vermittelte asiatische „Kultur" wenig, den Weißen eine sinnvolle Vorstellung asiatischen Lebens zu geben, basierte der Unterricht doch auf abgedroschenen Formeln und Klischees. Und seit weiße Arbeiterkinder als „kulturlos" angesehen wurden, begannen ihre Eltern sich über „Begünstigung von Asiaten im Klassenzimmer" zu beschweren.

Eine authentische Bildung über andere Menschen, ihre Geschichte und ihre Auseinandersetzungen wurde ersetzt durch das erbarmungslose Hervorheben der Identitätsunterschiede. Da wuchs eine Generation heran, der nicht beigebracht wurde, zu verstehen, wie ihre eigenen Städte zunehmend in ethnische Gruppen unterteilt wurden.[4]

Das Ersetzen des Anti-Rassismus durch Kulturabgrenzung (cultural pro-

tectionism) hemmte überdies auch die eigene, kulturelle Weiterentwicklung der asiatischen Communities. Die Führung der Communities versuchte ihre Clans von der restlichen Welt zu isolieren, die sie nur als Bedrohung des patriarchalen Systems sah, auf dem ihre Macht beruhte. Interne Kritik wurde als illoyal angesehen. Tief verankerte Dinge wie die Ungleichheit der Geschlechter, erzwungene Heiraten und Drogenprobleme wurden so weder öffentlich noch privat thematisiert.

Blairs Riots

Schließlich provozierte die unwissende Überheblichkeit der Polizei die Jugendlichen zum Aufstand. Als die Polizei auf das Wüten weißer Rassisten im asiatischen Viertel von Glodwick in Oldham mit Festnahmen von Asiaten reagierte und versuchte, die wütende Menge örtlicher Anwohner zu zerstreuen, ging es ihr nicht um die „Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit". Es erinnerte vielmehr an eine einmarschierende Armee. Genauso antworteten die asiatischen Jugendlichen: sie benutzten Steine, brennende Autos und Benzinbomben, um die Polizei, ihre Hunde und Wagen aus ihren Straßen zu vertreiben. Die Polizei brauchte sechs Stunden, um die Kontrolle über das Viertel wieder zu erlangen. Ähnliches ereignete sich später in Burnley und Bradford.

Noch während der Nachwirkungen der Ausschreitungen wurde dem polizeilichen Rassismus nur dürftiges Interesse entgegengebracht. Nur zwei Jahre vorher hatten Vorgesetzte innerhalb der Polizei unmittelbar nach der Veröffentlichung des Macpherson Reports eingestanden, dass Rassismus unter ihren Einsatzkräften an der Tagesordnung sei. Aber die Möglichkeit, dass institutionalisierter Rassismus jetzt zu den Zusammenstößen beigetragen hat, wurde nicht in Erwägung gezogen. Stattdessen gaben der Premier- und der Innenminister der Polizei volle Rückendeckung und boten sogar neue Spielzeuge in Form von Wasserwerfern an. Ebenso wie Thatcher die Ausschreitungen unter ihrem Regime als bloße Ausbrüche der Kriminalität nicht als Auswirkungen ihres eigenen politischen Programms gesehen hatte, sprach nun auch Blair von „Schlägereien", ohne über ein engstirniges „law-and-order"- System hinaus zu denken und ohne sein eigenes Versagen in der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung mit den Riots in Verbindung zu bringen.

In Regierungssprache „erhoben sich hunderter anderer Stimmen, die Aufständigen zu verurteilen", während von den jungen Asiaten der Spinnereistädte (mill-towns) selbst wenig zu hören war. Die Führung der Communities gab sowohl einem Mangel an Disziplin die Schuld, wie auch dem Verfall muslimischer Werte und dem übertriebenen Einfluss westlicher Werte, die für sie eine Bedrohung ihrer eigenen Autorität darstellen. Die asiatische Mittelklasse im restlichen England, vergessend, dass sie ihren sicheren Platz in der Gesellschaft den Straßenkämpfern der Siebziger und Achtziger verdankt, verurteilte die Dorfmentalität (village mentality) der asiatischen Communities. Der „World Council of Hindus" verleugnete die muslimischen Aufständigen öffentlich. Wahrscheinlich um Weißen klarzumachen, dass Hindus mit derartigem nichts zu tun haben wollen. Asiatische Solidarität ist gestorben.

Die Presse machte zuerst „außenstehende Aufrührer" verantwortlich und beschuldigte dann die Führung der Communities, in ihrer zugewiesenen Rolle der Kontrolle ihrer Leute versagt zu haben. Dann machte man den, der islamischen Kultur angeblich innewohnenden „Separatismus" verantwortlich. Diese Leute wollten sich nicht integrieren. Sie wurden beschuldigt, sich einer Vermischung zu widersetzten. Gemeint waren Menschen, die systematisch von anderen getrennt, gemieden, enteignet und dann dem Verderben überlassen wurden. Da war die Rede von „erzwungener Integration", vielleicht eine Rückkehr dazu, busweise asiatische Schüler in weiße Viertel zu schaffen, dem gehassten System der Sechziger, als die Angst wuchs, dass zu viele Asiaten die selben Schulen in Southall besuchen. Da war die Rede von neuen Einwanderungsbeschränkungen, einschließlich englischer Sprachtests, die das Recht auf Familiennachzug beseitigen würden. Die rechtsaußen stehende „British National Party" war die einzige, die von dieser Verachtungswelle profitierte. Sie verteilte Flugblätter in ganz England, die zu einem Boykott asiatischer Geschäfte aufriefen. Eine Generation von Asiaten, ausrangiert wegen ihrer Klasse, ausgeschlossen wegen ihrer Ethnie, stigmatisiert wegen ihrer Religion, gettoisiert und vergessen, hat ihre Stimme gefunden, jetzt muss sie nur noch gehört werden.

Von Arun Kundnani, IRR researcher

1 Peter Ratcliffe, Breaking Down the Barriers: improving Asian access to social rented housing (Chartered Institute of Housing, 2001).
2 From 1999 to 2001, Eric Hewitt, chief superintendent of Oldham police, published figures which purported to show that Asians were responsible for the majority of incidents classified by police as racially motivated and was quoted as saying that Asians were trying to create exclusive areas for themselves. But the figures only demonstrated that Asian confidence in the police was, by now, so low that incidents were rarely reported. This was also the conclusion of researchers Larry Ray (University of Kent), David Smith and Liz Wastell (both University of Sussex). See letters, Independent (8 June 2001).
3 A. Sivanandan, Address to CCETSW conference on anti-racist social work education, University of Lancaster, 1989.
4 Herman Ouseley, Community Pride, not Prejudice: making diversity work in Bradford (Bradford, Bradford Vision, 2001).



Italien:

Ein Haus der Freiheit für Migranten und Minderheiten

Einige Tage nach dem Wahlsieg der Rechtskoalition – ironischerweise selbstdefiniert als „Casa delle Libertá" (Haus der Freiheit), veröffentlichte die antirassistische Zeitung „3 Febbraio" einen Artikel mit der Überschrift: „Berlusconi gewann die Wahl.... und jetzt?"

In Italien, wie in Europa und allen westlichen Industrieländern existiert in der Beamtensprache ein „Migrationsproblem", und die Regierungsaktivitäten schützen in keiner Weise die Grundrechte der Menschen auf Lebensperspektiven und Solidarität. Ihre einzige Logik ist Profit, der Aufbau einer Festung gegen eine Invasion von „Barbaren", um den vorhandenen Reichtum zu sichern. Der § 40 (bekannt als „Turco-Napolitano 1998 aus dem Migrationsgesetz, verabschiedet durch das linke Pateienbündnis) löste nicht die Probleme der Migranten, sondern stellte diese unter die absolute staatliche Kontrolle. Drei Jahre später erhielten einige Migranten durch Erpressung, Bestechungen oder Fehlentscheidungen das berühmte Papier „permesso di soggiorno" (Aufenthaltsgenehmigung). Die Mehrzahl der Migranten erreichte nichts, 35.000 Menschen erhielten befristete Aufenthaltsgenehmigungen, weitere 35.000 Migranten, die seit vielen Jahren in Italien leben und arbeiten, müssen sich auch weiterhin verstecken. Die 200 000 Menschen die Italien nach 1998 erreichten wurden durch die italienischen Gesetze in die Illegalität getrieben. Diese Tatsachen deuten auf die gleiche Ausgangslage wie vor drei Jahren hin.
Aus diesem Grund bildete sich eine Koalition aus antirassistischen Initiativen und anderen linken Gruppierungen und forderten durch eine landesweite Kampagne „Bleiberecht für alle". Außerdem befürchten diese Gruppen eine starke Veränderung in der italienischen politischen Struktur nach dem Wahlsieg der Rechten. Eine Attacke der neuen Regierung gegen die sozial schwachen Klassen, speziell gegen Migranten wird durch noch restriktivere und diskriminierende Gesetze als die „Turco-Napolitano" Gesetze erwartet. Im Kern folgen sie aber dem Anliegen der vorherigen Regierungen unter Prodi und D'Alema, ihre Gemeinsamkeiten basieren auf den Zielvorgaben der dominanten Klassen. Migrantenbewegungen werden komplett durch Gesetze geregelt und die Möglichkeit der Falle „Illegalität" durch einen Arbeitsvertrag zu entkommen, wird zerstört. Viele Menschen werden in ein Schicksal der Unsicherheit geschickt.
Nur wenige Wochen waren genug um zu sehen, daß diese Prognosen nicht übertrieben waren: jeder weiß was in Genua passiert ist.

Am 9. August präsentierten Herr Bossi (Lega Nord) und Herr Fini (Alleanza Nazionale) eine Diskussionsvorlage für eine neue Gesetzgebung zur Einwanderung. Aufgrund großer Uneinigkeit in der Regierungskoalition mußte die Diskussion vertagt werden, obwohl die Zielrichtung des Vorschlages angenommen wurde. Die internationale Gruppierung „Mi Ranchito" stellte fest, daß sich die Bedingungen für Migranten dramatisch verschlechtern werden, egal ob Papiere vorhanden sind oder nicht:

- die illegale Einwanderung (momentan als verwaltungsmäßige Unregelmäßigkeit betrachtet und durch Aus-

weisung bestraft) soll als Straftat eingestuft werden

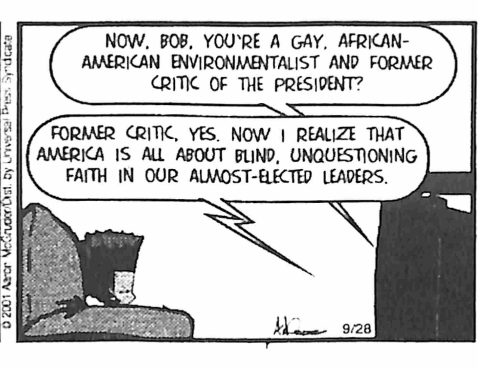
- Migranten ohne gültige Duldung können in speziellen Camps bis zu 600 Tagen interniert werden und dann ausgewiesen werden; verlassen die Menschen Italien nicht, können sie zu einer Höchststrafe von 4 Jahren Gefängnis verurteilt werden
- ausgewiesene Migranten können während der nächsten 10 Jahre nicht wieder einreisen
- die Möglichkeit ein Visa durch eine Garantieerklärung („Sponsor") eines legalen Bürgers in Italien zu erhalten, soll abgeschafft werden
- die Dauer einer Aufenthaltsberechtigung wird herabgesetzt und an ein Arbeitsverhältnis gekoppelt; bei einem unbefristeten Arbeitsvertrag wird die Berechtigung auf 2 Jahre ausgestellt, bei befristeten Verträgen auf 1 Jahr
- die „card of stay"(eine längerfristige Duldung) kann erst nach 8 Jahren legalen Aufenthaltes aufgehoben werden
- Arbeitgeber müssen die Kündigung eines Migranten sofort staatlichen Stellen mitteilen; der Arbeiter hat dann 6 Monate Zeit einen neuen Job zu finden, sonst wird ausgewiesen
- eine Familienzusammenführung ist nur noch möglich für Ehefrau/Ehemann und für Kinder unter 18 Jahren

Während des Ferienmonats August konnte einiger Widerstand organisiert werden. Am 25. August demonstrierten 200 Menschen in Mailand gegen die Thesen von Bossi & Fini. Organisiert wurde diese Demonstration von der interkulturellen Vereinigung „Mi Ranchito" und der antirassistischen Initiative „Todo Cambia". In vielen Initiativen wächst der Widerstand gegen die verschärften Richtlinien der neuen Regierung. In Capitanata (Foggia, Süditalien) demonstrierten 300 afrikanische Farmarbeiter gegen die geplanten Richtlinien und für verbesserte Arbeitsbedingungen. Über eine riesige Demonstration in Rom wird nachgedacht, um die Forderung für ein dauerndes Bleiberecht für alle nachdrücklich in die Öffentlichkeit zu tragen. Auf der anderen Seite versucht „Todo Cambia" durch einen offenen Brief alle Aktiven zu bündeln, um geschlossen und somit verstärkt die Gesellschaft für die sozialen Belange der Migranten zu sensibilisieren. Die Hauptforderung der Organisatoren ist eine Generalamnestie für alle Migranten. Dieser riesige Schritt würde die schwächeren Klassen vereinen und diese könnten sich verstärkt dem Kampf gegen die sozialen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft stellen.

übernommen aus „The Philadelphia Inquirer" in der Zeit nach dem 11.9.2001

The Boondocks







The Boondocks







Die Grenzen entdeckt

Das 4. antirassistische Grenzcamp als Markt der Möglichkeiten

Die Herausforderung am Frankfurter Flughafen wurde gemeistert, wenn wir Beteiligung, mediale Aufmerksamkeit und Aktionismus als Gradmesser nehmen. Für viele TeilnehmerInnen war ein Camp mit durchschnittlich 800 Personen auf dem Gelände eine beeindruckende Erfahrung in Sachen Selbstorganisation, politischem Angebot und Handlungsfähigkeit. Die Bandbreite der Aktionen reichte vom zentralen Ziel Internierungslager und Abschiebungen am Frankfurter Flughafen über die jämmerliche Rolle der deutschen Wirtschaft in der Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen bis zu rassistischen Kontrollen in den Innenstädten. Weitere klassische Themen der Grenzcamps wie deutschnationale Stimmungen, neonazistische Kader und Rassisten, die Ausländergesetze und die Bewegungsfreiheit kamen ebenfalls nicht zu kurz. Bei den verschiedensten Treffen wurde der Kapitalismus oder die (Lohn-)arbeit thematisiert.

Fuck da police

Überlagert und dementsprechend gewürdigt war der Beginn des Camps durch die Proteste in Genua gegen den G8-Gipfel am Wochenende zuvor. Einige der TeilnehmerInnen hatten sich daran beteiligt und die Treffen und Gespräche auf dem Camp waren für einige eine Gelegenheit, z.T. traumatische Erfahrungen wie auch ihren Zorn und Erschütterung auszudrücken oder mit anderen zu teilen. Finanzielle, politische und logistische Unterstützung für die Verhafteten und den Ermittlungsausschuß wurde selbstverständlich organisiert. Die Verhaftung der NoBorder-Karawane vom österreichischen Volxtheater in Genua (inzwischen auf freiem Fuß) sabotierte auch ein zentrales Anliegen der europäischen Grenzcamps. Diese Karawane zog nämlich durch die Camps in Slowenien, Polen und Spanien sowie die Proteste von Genua und auf dem Frankfurter Camp war als Abschluß eine Präsentation mit Erfahrungsaustausch und Berichten geplant. So fand diese Veranstaltung im abgespeckten Rahmen statt und beschränkte sich auf Impressionen.

Pleiten, Pech und Pannen

Die aktuelle Einwanderungsdebatte sollte bei der Auftaktveranstaltung im Mittelpunkt stehen. Eine Talkshow unter dem programmatischen Titel „Jeder Mensch ist eine Expertin – zur Modernisierung des Migrationsregime“ konnte leider nicht halten, was die Einladenden versprachen. Gäste von Agisra (AG gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung), Kanak Attak, Anti-Rassismusbüro Bremen, Voice (AfricaForum) und aus Osteuropa liessen auf eine lebhafte Diskussion hoffen, doch zu allgemeine Fragen der Moderation, die Fremdheit zwischen den Talkern, der zu späte Veranstaltungsbeginn, technische Pannen und die Dauer der Übersetzung liessen das Gespräch nie in Gang kommen. So konnte am Ende nur konstatiert werden, dass die Gäste die Lage eher als Chance für eine Öffnung der antirassistischen Debatte einschätzen, obwohl viele BesucherInnen vehement Abgrenzungsbedarf zum gegenwärtigen Nützlichkeitsdiskurs bekundeten und sich schwer damit taten, der Situation Interventionsmöglichkeiten abzugewinnen. Der superaffirmative Slogan „jeder mensch ist eine expertin“ war dementsprechend Gegenstand heftiger Kritik. Vorschläge für eine Legalisierungs – oder „Papiere für Alle“ – Kampagne, die den Focus auf die Lebens- und Aufenthaltsbedingungen für MigrantInnen richtet, wurden in den folgenden Diskussionsrunden mißtrauisch beäugt. Einhellig war jedoch die Ablehnung der Entwürfe der Zuwanderungskommission und des Innenministeriums. Flapsig wurde allerdings von einigen AktivistInnen angemerkt, dass die Vorschläge der FDP für eine Legalisierung den Nerv des gesellschaftlichen Widerspruches eher treffen als viele Befindlichkeitsdiskurse von CampteilnehmerInnen, die sich vereinnahmt oder überrollt fühlen.

FRAPORT goes Baisse

Wer gemeint hatte, dass Provinzialität in der Rhein-Main-Metropole und bei einem frisch an die internationalen Börsen gegangenen Großkonzern (FRAnkfurt-airPORT AG) kein Thema ist, sah sich eines Besseren belehrt. Die Befürchtung, in der Metropole

unterzugehen, wurde durch großartige Eigentore des Flughafenmanagements widerlegt.
Die Auftaktveranstaltung – ein klassisches Konzert im Terminal – wurde von der FRAPORT verboten, da das Camp sich nicht auf einen Deal einließ: Tausche Konzert gegen Demonstrationsrecht. Um das zu gewährleisten, hatten nur noch Passagiere mit bereits gekauften Tickets Zugang zu den Terminals. Last-Minute-Buchungen waren unmöglich, auch Presseausweise und Kreditkarten halfen nicht weiter. Bekannte und Angehörige konnten nicht an den Gates abgeholt werden. Der S-Bahnverkehr wurde unterbrochen, und auch die Regional- und Fernverbindungen der DB waren beeinträchtigt. Polizei und Sicherheitsdienste sorgten für ein martialisches Erscheinungsbild und umfangreiche Einlaßkontrollen an den Zubringern und Eingängen. Staus, verspätete Flüge, genervte Passagiere und Angestellte waren die Folge. Das Anliegen der Proteste wurde ausführlich bekannt. Selbst im hessischen Verkehrsfunk wurde mitgeteilt, dass der Frankfurter Flughafen wegen Demonstrationen gegen Abschiebungen und das dortige Internierungszentrum weiträumig zu umfahren sei. Gegen das zu erwartende polizeiliche Ritual hatten die CampteilnehmerInnen eine schräge kulturelle Inszenierung gesetzt. Das klassische Konzert in klassischem Outfit wurde abgelöst durch ein antikes Theater und schließlich die Pink Silvers, welche den Radical Cheerleaders nacheiferten.

Dieser Einfallsreichtum blitzte in der folgenden Woche immer wieder bei einigen Aktionen auf und führte dazu, dass die FRAPORT ihren Flughafen quasi for members only betrieb. Der Flurfunk meldete, dass hinter den Kulissen die Last-Minute-Schalter wegen des totalen Umsatzausfalles erheblich Beschwerde gegen das Management führten. Gerade dieses Krisenmanagement wurde von Flughafenausbau-GegnerInnen sorgfältig beobachtet, eröffnet dies doch weitere Aktionsfelder gegen den Bau der nächsten Startbahn.

Das antirassistische Grenzcamp am Scheideweg?

Die Organisation ist routiniert, und die hygienischen Mängel sind bei einem weiteren Versuch hoffentlich geringer. Das politische Programm deckt einen Großteil der linken Agenda ab, verfällt damit aber weiter der Beliebigkeit. Die Medienbedienung ist bemerkenswert aufgeklärt und inhaltsreich. Experimentell bleibt der Aktionsrahmen; für Ideen wie Pink Silver ist das Camp ein idealer Tummelplatz. Ebenso hervorragend eignet es sich als Markt für Informationen, Diskussionen und Begegnungen. Wer wissen will, welche Themen und Befindlichkeiten in der radikalen Linken gerade in and out sind, für den ist das die richtige Börse.
Die Abschlußdemonstration zum Internierungszentrum mit knapp 3.000 TeilnehmerInnen verriet ein wenig von den politischen Konflikten in der antirassistischen Linken. Für die organisierten Flüchtlinge war es ein beeindruckendes Gefühl von Stärke, mit so vielen Menschen zu einer Bastion des Rassismus zu ziehen. Viele junge wie altgediente Linke aus deutschen Landen dagegen empfanden den Marsch in das stacheldrahtbewehrte und eingezäunte Areal als Opfergang und Demütigung durch die Polizei.
Die verschiedenen Grundannahmen solch unterschiedlicher Gefühlslagen kann das Camp höchstens berühren. Für eine Ausdehnung antirassistischer Theorie und Praxis ist es allerhöchste Zeit, dass weitere Stränge des Austauschs und der Organisierung geknüpft werden, sonst wird das Camp an den darin gesetzten Ansprüchen ersticken oder im politischen Festival erstarren.

Babylon

Flüchtlinge beschweren sich über den Camptermin, weil in Brandenburg Anfang August die Lebensmittelgutscheine verteilt werden. MigrantInnen laufen über den Platz und wundern sich unverhohlen über das schmuddelige Gebaren der größtenteils deutschen CamperInnen. Frauen empören sich über Spanner am nahen Badesee und hängen dagegen Zettel mit Warnungen an diese im Wald auf. Männer machen eine megafonbewehrte Wanderung zur ebenfalls am Badesee gelegenen schwulen Cruising-Area, um Mißverständnissen vorzubeugen. Nach dem Ertrinkungstod eines Campteilnehmers im Badesee beklagen manche Pietätlosigkeit, während andere ein Solidaritätskonzert in der Frankfurter Innenstadt beginnen, wieder andere ärgern sich über die schreckliche protestantische Moral in linken Kreisen. Ein Taxifahrer bekundet Fahrgästen seine Unterstützung für das ausländerfreundliche Camp. Ein Gewerbetreibender erzählt, dass er früher auch jeden Tag demonstriert hat. Das Zumauern der Ausländerbehörde wird im Gallusviertel wohlwollend aufgenommen, 200 Pink Silvers fahren 1. Klasse ICE zum Flughafen und lachen über den Schafffner, der sie in die 2. Klasse verweisen will. Die Polizei bekundet ihren Respekt vor den Guerillataktiken des Camps und die FRAPORT bekommt auch danach nicht ihre Ruhe. Eine Woche später nehmen 20-30 Clowns den Tag der offenen Tür für eine Aktion gegen das Internierungszenrum und Abschiebungen wahr.

MC TimeTunnel

Abschiebungen abschaffen – Abschiebeknäste schließen!

Auf nach Hannover, überregionale Demo am 8. Dezember 2001!

Nach dem Anschlag in New York findet in Deutschland ein Ideenwettbewerb statt, wie das Asyl- und Ausländerrecht verschärft werden kann, jeder noch so verstaubte Vorschlag wird wieder aus der Schublade geholt. Datenzugriff der Polizei, Fingerabdruck im Pass, Verschärfung des Ausländerrechts, bundesweite Rasterfahndung, Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Zuwanderer, der Sicherheitswahn kennt keine Grenzen. Flüchtlinge, wie diejenigen, die vor den Taliban sowie den Bombardierungen der USA und seiner Verbündeten aus Afghanistan flüchten, müssen damit rechnen in Deutschland ins Gefängnis gesperrt zu werden.

Abschiebeknäste und andere Formen der Unterdrückung

Abschiebeknäste bilden die Endstation einer rassistischen Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Sie stellen sicher, dass Menschen die aus Angst und Not in die BRD geflohen sind, gegen ihren Willen in Elend, Folter und Tod abgeschoben werden. Neben den Abschiebeknästen gibt es noch eine Reihe weiterer rassistischer Sondergesetze. So fallen beispielsweise Menschen im Asylverfahren unter das Asylbewerberleistungsgesetz. Es besagt, dass Flüchtlinge nur 80 % des Sozialhilfesatzes erhalten, größten Teils in Form von Wertgutscheinen anstelle von Bargeld, mit denen sie nur in bestimmten Läden zu bestimmten Konditionen einkaufen können. Andere Flüchtlinge bekommen nur noch zusammengestellte Lebensmittelpakete, bei denen keine Rücksicht auf Ernährungsgewohnheiten genommen wird. Eine Behandlung von chronischen Krankheiten schließt das Asylbewerberleistungsgesetz aus. Eine weitere Schikane bildet die sogenannte „Residenzpflicht". Hiernach ist es Flüchtlingen nur gestattet, sich in dem Landkreis der Flüchtlingsunterkunft frei zu bewegen. Eine Sondergenehmigung zum Verlassen des Landkreises ist immer von der Willkür der entsprechenden Ausländerbehörde abhängig. Ein anderes Beispiel für den alltäglichen Rassismus sind die „verdachtsunabhängigen" Kontrollen durch BGS und Polizei, mit denen MigrantInnen anhand ihrer Hautfarbe aussortiert und kriminalisiert werden. Eine weitere Verschärfung bedeutet die Einführung des sogenannten „Projektes X". Um die Mithilfe der Flüchtlinge bei der Beschaffung von Pässen zu erzwingen, damit sie letztlich abgeschoben werden können, werden sie unter repressivsten Bedingungen bei minimaler Grundversorgung in speziellen Lagern untergebracht. Einziges Kriterium für Flüchtlinge und MigrantInnen diesen Sonderbehandlungen zu entgehen, ist die Verwertbarkeit für die kapitalistische Gesellschaft.

Warum in Hannover demonstrieren?

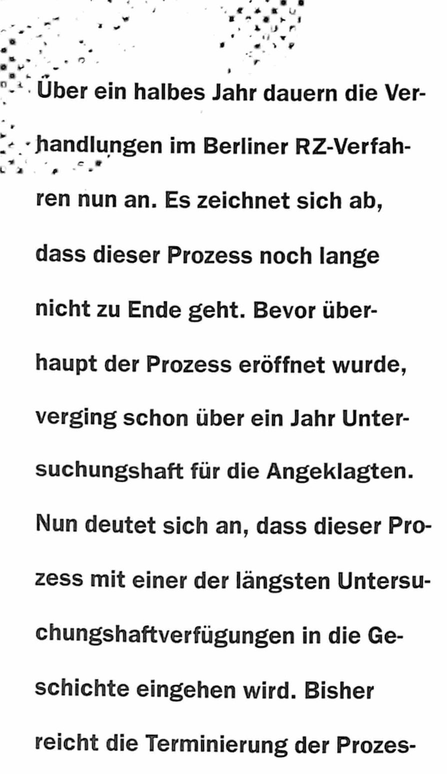
Seit Mai 2000 betreibt das Land Niedersachsen in Hannover/Langenhagen ein zentrales Abschiebegefängnis für Flüchtlinge und MigrantInnen. Das Land will damit sicher stellen, dass auch wirklich der Zugriff auf all diejenigen Nicht-Deutschen, die deportiert werden sollen, garantiert ist. Dazu wurden drei Gebäude eines ehemaligen Kasernengeländes direkt am Flughafen Langenhagen für 17,2 Mio Mark zu einem Knast umgebaut, in den 143 Männer und 42 Frauen, im Sonderfall bis zu 245 Menschen eingesperrt werden. Ausgestattet mit elektronisch gesicherten Stahlzäunen, Stacheldraht, Kameras, Alarmanlagen und Sicherheitsschleusen unterscheidet sich dieses Gefängnis nicht von einer Justizvollzugsanstalt.

Die Bedeutung von Abschiebehaft innerhalb der Abschiebemaschinerie wird klar, wenn mensch sich vor Augen führt, dass es 1999 aus Niedersachsen 2604 Abschiebungen gab, von denen 1425 aus der Abschiebehaft heraus durchgeführt wurden. MigrantInnen können ohne Grund bis zu 18 Monate eingesperrt werden. Das Schicksal der dahinter stehenden Menschen beeindruckt die Behörden dabei nicht; weder ob die Deportierten Folter, Gefängnis oder gar Tod erwartet, noch ob sie in Krisengebiete abgeschoben werden. Dies führte am 8. Dezember letzten Jahres dazu, dass sich der 17jährige tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam im Abschiebegefängnis Langenhagen erhängte. Er sollte drei Tage später nach Sri Lanka abgeschoben werden. Damit gehört er zu den über 40 Menschen, die sich nach Angaben von Pro Asyl seit 1993 in Abschiebehaft das Leben nahmen, von den Hunderten Suizid-Versuchen ganz zu schweigen.

Wir nehmen den Todestag von Arumugasamy Subramaniam zum Anlass, eine Demonstration mit der Forderung nach Abschaffung von Abschiebehaft und der Schließung aller Abschiebegefängnisse durchzuführen. Nicht zuletzt wollen wir den Inhaftierten zeigen, dass sie nicht allein sind.

Kooperative Flüchtlingssolidarität Hannover, Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover, Tel.: 05 11-44 72 60 (AB)

Samstag 8.12.2001
11 Uhr Auftakt
am Flughafen
Hannover – Langenhagen
12 Uhr Kundgebung
am Abschiebeknast
Anschließend Aktion am Flughafen



Über ein halbes Jahr dauern die Verhandlungen im Berliner RZ-Verfahren nun an. Es zeichnet sich ab, dass dieser Prozess noch lange nicht zu Ende geht. Bevor überhaupt der Prozess eröffnet wurde, verging schon über ein Jahr Untersuchungshaft für die Angeklagten. Nun deutet sich an, dass dieser Prozess mit einer der längsten Untersuchungshaftverfügungen in die Geschichte eingehen wird. Bisher reicht die Terminierung der Prozesstermine bis zum Februar 2002.

Schluss mit dem Berliner RZ-Verfahren

Immer wieder werden Haftverschonungsanträge abgelehnt. Zuletzt mit der Begründung, dass die Solidaritätsbewegung so stark sei, dass ein „Untertauchen" nicht ausgeschlossen werden kann. Diese „starke" Solidarität beschränkt sich jedoch hauptsächlich auf Spendensammeln und die dokumentierende Prozessbeobachtung. Der Zitronenfalter und bisher drei Beilagen in Zeitungen publizieren die Arbeit des Bündnisses für die Freilassung. Aktionen, wie beispielsweise zum letzten Prozesstermin vor der Sommerpause, bei denen mit Buchstaben auf T-Shirts im Prozesssaal verkündet wurde, dass 19 Monate U-Haft 19 Monate zu viel seien, bieten eher die Ausnahme. So stecken nun die sich mit den Angeklagten Solidarisierenden in dem Dilemma, zum einen sich auf einen sehr langen Prozessverlauf einzustellen und die sehr gute dokumentatorische Arbeit (siehe www.freilassung.de) fortzuführen, zum anderen mit Aktionen den Prozess stärker ins öffentliche Licht zu drängen und somit Druck in Hinblick auf die Beendigung des Verfahrens auszuüben.

Im Gerichtssaal selber wird derzeit der Kronzeuge Tarek Mousli zu den Aktionen Korbmacher, ZSA und demnächst Siegessäule befragt. Hierbei verstrickt sich der Verräter immer mehr in Widersprüche. Zum einen sind dies „nur" Erinnerungslücken zu zentralen Fragen. Zum Beispiel: Obwohl er behauptet, detailliert in der Planung zu dem Anschlag auf Richter Korbmacher unterrichtet gewesen zu sein, kann er sich nicht erinnern, wer das Motorrad gefahren hat, von dem aus geschossen wurde. Zum anderen zeigen sich eklatante Diskrepanzen zu anderen Aussagen. Beispielsweise sagt seine ehemalige Lebensgefährtin aus, er hätte sich gerühmt, selbst in die Beine von Richter Korbmacher geschossen zu haben. Mousli bleibt bei dem direkten Vorhalt mit dieser Aussage jedoch dabei, dass jemand anderes geschossen habe, und seine ehemalige Lebensgefährtin müsse da „etwas verwechselt" haben. Er habe schliesslich nur Funküberwachung während des Anschlages gemacht. Und schliesslich habe sie sich ja nicht in der Szene bewegt und wisse daher alles nur aus seinen Erzählungen. Wie weit jedoch der Kronzeuge seine „eigenen" Erkenntnisse nur aus Erzählungen kennt, lässt er dabei offen.

Die Verteidigung hat keinen Zweifel daran, dass Tarek Mousli auf den Prozess minutiös vorbereitet wurde. In einer Presseerklärung verweisen sie darauf, dass sich in den Akten eine Vielzahl von Hinweisen finden, aus denen sich erkennen lässt, dass Mousli „nach allen Regeln der Kunst für seine Vernehmungen präpariert" wurde.

Unter dem Gesichtspunkt, dass diese nur all zu zweifelhaften Aussagen, die einzige Grundlage für die Anklage und das gesamte Verfahren darstellen, ist eigentlich klar, dass die Beschuldigten Axel, Harald, Matthias, Rudolf und Sabine endlich raus müssen und der Prozess zu den Akten gelegt werden muss.

Markus Stilo (ZAG)

Die Prozesstermine sind immer Donnerstags und Freitags 9 Uhr 15 Kammergericht Moabit. Hintergrund, Prozessberichte: www.freilassung.de

The Boondocks







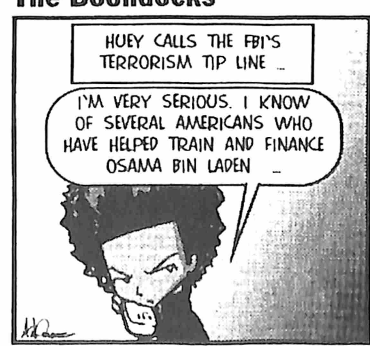
The Boondocks





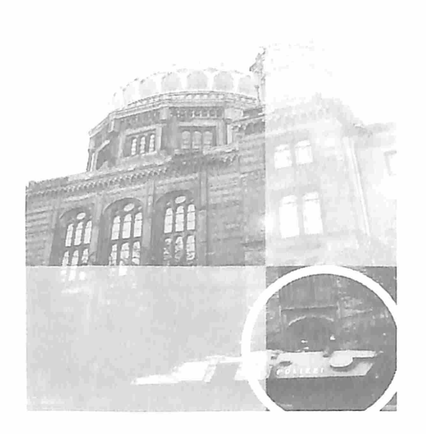


The Boondocks









ANTISEMITISMUS

Auslöser für unseren Schwerpunkt Antisemitismus waren ursprünglich die verschiedenen Debatten in Deutschland. Vom Historikerstreit über die Debatten, die seit der sogenannten „Berliner Republik" immer häufiger z.B. zu Goldhagen, Walser oder über das Mahnmal und das Entschädigungsgesetz geführt wurden. Nach unserer Sicht fanden sie wenig Beachtung im antirassistischen Spektrum. Die Chance, bei diesem komplexen Thema in eines der zahlreich verteilten Fettnäpfchen zu treten, ist groß. Die vernichtenden Kommentare und Stellungnahmen dazu kommen garantiert. Da wir nicht zu den Experten der Auseinandersetzungen in diesem Bereich zählen, sondern eher zum interessierten Publikum, hielten wir uns an das Motto: „Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal Fresse halten!" (Dieter Nuhr). Im Lauf der Beschäftigung mit dem Schwerpunkt und den verschiedenen Positionen besserte sich das mit der Ahnung.



Die anfängliche Vorstellung den Palästinakonflikt aus dem Schwerpunkt herauszuhalten, erwies sich schnell als unmöglich, da die aktuellen Debatten und Antisemitismusvorwürfe hauptsächlich an diesem Punkt kulminieren. Für uns auffällig war der langsame Positionswechsel in der Medienlandschaft zu diesem Konflikt. Die früher eher von philosemitischen und proisraelischen Tönen geprägte Berichterstattung wandelte sich. Inzwischen sind immer „israelkritischere" Positionen voll im Trend. Dabei wird vor allem aus dem linken Spektrum eine Kritik an Punkten laut, die innerhalb nationalstaatlicher Logik liegen und merkwürdiger Weise besonders an Israel angeprangert werden. Das einzige, was hier noch mildernd herangezogen werden kann, ist, dass Israel im Focus der öffentlichen Wahrnehmung steht. Dass in Deutschland ein großes Interesse bestehen sollte, ist indiskutabel. Doch hier drängt sich die Frage auf, ob diese Wahrnehmung nicht einen seltsamen Beigeschmack hat. Die Art und Weise, wie dieses Interesse zu Tage tritt, verrät deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft nicht erfolgte. Gerade die Frage von gesellschaftlichen Kontinuitäten in der restaurierten bürgerlichen Gesellschaft der Bundesrepublik wird gerne übersehen. Eine der Auswirkungen der „Homogenisierungsleistung" des Nationalsozialismus ist die Wahrnehmung von ImmigrantInnen in Deutschland, eine andere die latent antisemitische Durchdringung.

Die Welt ist reichlich garniert mit Staaten, die einem Schlachthaus gleichen und fast niemand interessiert sich dafür. Bei der Orientierung der öffentlichen Wahrnehmung auf Ereignisse in Israel, einen Staat den niemand ernsthaft zu dieser Kategorie zählen wird, ist deshalb der Eindruck schwer abzuweisen, dass die Haltung „Gerade die! Mit der Vorgeschichte!" eine nicht zu verachtende Rolle spielt. Also die Vorstellung, dass Verfolgung, KZ, und Vernichtung pädagogische Maßnahmen gewesen wären und deshalb andere Maßstäbe für die Überlebenden und für Juden gälten, als für den Rest der Menschheit. Wobei nicht vergessen werden darf – und das gehört auch in die Abteilung „Homogenisierungsleistung des Nationalsozialismus" – dass die Gleichung Jude = Israeli die Grenzen der deutschen Algebra bildet.

Ein weiterer Grund für die magere Auseinandersetzung in der antirassitischen Diskussion – selbst mit dem inzwischen ganz öffentlich formulierten dezidierten Antisemitismus – dürfte in der verbreiteten Sicht von Antisemitismus als eines Teils des gesellschaftlichen Rassismus liegen. Der spezifische Charakter des Antisemitismus wird in der Regel nicht wahrgenommen. So werden doch allen Ernstes Thesen aufgestellt, die die antisemitische Vernichtungspraxis in Deutschland als Extrementwicklung des Kolonialrassismus betrachten (Mark Terkessidis). Dabei wird einfach ignoriert, dass Sklaverei, koloniale Ausbeutung und die daraus entstandenen rassenbiologischen Legitimationstheorien einen ökonomischen Zweck hatten, der für die Vernichtung der Juden keine Rolle gespielt hat. Die nationalsozialistische Personifizierung der Juden als der Quelle allen Übels entsprach einer anderen Logik. Der Logik einer Kapitalismuskritik, die auf die Kritik des Geldes, des Abstrakten reduziert bleibt und zwischen einem produktiven, guten Kapital und einem unproduktiven, schlechten, Kapital unterscheidet. Die Beseitigung dieses negativen Kapitals hätte innerhalb dieser Logik einen guten, glücklichen Kapitalismus zum Ergebnis. Diese einseitige Kapitalismuskritik ist bei der im Antiglobalisierungsdiskurs manchmal vertretenen naiven Kritik globaler Geldströme eine ernste Gefahr. Der Kampf gegen das bedrohlich Abstrakte innerhalb derartiger Vorstellungswelten bedarf notwendigerweise einer Personifizierung. Traditionell wurde sie in den Juden konstruiert, und das so nachhaltig, dass mit großer Rechtfertigung die verkürzte Kritik des Finanzkapitals als letztendlich antisemitisch gesehen werden muss.

zag-Redaktion

Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus oder:

GIBT ES EINEN LINKEN ANTISEMITISMUS?

Der Antizionismus, als ein zentraler Ausgangspunkt der meisten Linken schien sich in den letzten zehn Jahren durch den Wegfall verschiedener Projektionsflächen zunehmend selbst zu erledigen. Doch wie ungebrochen er auch immer noch in der Linken vorhanden ist, zeigte sich nicht nur seit Beginn des aktuellen Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern, sondern ebenso bei der offen gezeigten Freude vieler Linker beim terroristischen Angriff auf das World Trade Center und das Pentagon. Die Botschaft war sofort verstanden worden: der Angriff galt dem als abstrakt identifizierten, dem „Finanzkapital" in seiner personalisierten Form – dem „Börsenjobber" – und dessen vermeintliche, Staat gewordene, Ordnung – „dem imperialistischen US-Regime" bzw. „dem amerikanischen Teufel". Von diesem falsch verstandenen Antikapitalismus ist es nicht weit zur Erklärung legitimerweise wären die USA als Handlanger der Israelis angegriffen worden und damit wieder reflexhaft Israel als die eigentlich Schuldigen auszumachen.

Die in den 60er Jahren entstehende Neue Linke in der BRD setzte sich in erster Linie mit dem Faschismus auseinander, jedoch kaum bis gar nicht mit dem konstituierenden Moment der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, dem Antisemitismus. So konnte sie ohne große Probleme, nachdem die bürgerlichen BRD – Medien den gewonnenen 6 – Tage Krieg Israels feierten, ihren Projektionen Israel gegenüber freien Lauf lassen und es als „imperialistisch-faschistisches Staatengebilde" beschreiben, sowie fordern: „Nieder mit dem chauvinistisch-rassistischen Staatengebilde Israel!" gepaart mit einer blinden Parteinahme für die Al Fatah, die zum revolutionären Subjekt per se stilisiert wurde.
Bekannte Alt-Linke wie Ernst Bloch, Herbert Marcuse, Jean Améry. Jean-Paul Sartre u. a. m. forderten vergeblich das eigentlich selbstverständliche ein, nämlich die Differenzierung zwischen der Existenz des Staates selbst und der Kritik an der israelischen Regierungspolitik. Ulrike Meinhof wies auf die „unerträglichen" Vernichtungsdrohungen und Isaac Deutscher auf die „nationalistische Demagogie" der Araber hin. Aber keine Argumente vermochten den Umschwung zum verbalmilitanten Antizionismus aufzuhalten, der als ein signifikantes Anzeichen für den Niedergang der Neuen Linken gelten muss .

Ab 1969 wurde der Palästinakonflikt nur noch wahrgenommen als ein Bestandteil des Kampfes aller unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen „den Imperialismus". Alle Gruppen der zerfallenden APO waren sich einig in der Parole: „Sieg im Volkskrieg!"
So zeigte schon damals eine stolz per Bekennerschreiben verkündete Tat der „Schwarzen Ratten – Tupamaros Westberlin" – das war eine Vorläufergruppe des 2.Juni – was alles im Antizionismus steckte: „Am 31.Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm' und ‚El Fath' beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert." Denn „aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen."

Und quasi alle, von SDS bis RAF, von 2. Juni bis zu den Grünen, von der KPD/ML bis zu den anti-imperialisti-



Fotos im Schwerpunkt von Jana Seppelt

schen Soligruppen – alle machten mit, keinem fiel etwas auf. Im Gegenteil: empört wurde nahezu jeder, der antisemitische Tendenzen in den eigenen Reihen kritisierte, als „VerräterIn“ diffamiert. War es vor dem Nationalsozialismus noch möglich, Antizionist zu sein, ohne zwangsnotwendig Antisemitismus zu reproduzieren, ist dies nach `45 nicht mehr möglich, zumindest für deutsche Nichtjuden. Wenngleich Antizionismus und Antisemitismus historisch unterschiedliche Erscheinungen sind, so haben sie doch in der Gegenwart dieselbe praktische Bedeutung. Jean Amery beschrieb schon in den 60ern wie unter dem Banner des Antizionismus der Antisemitismus wieder zum Vorschein käme. Wurde früher der Antisemitismus als „Sozialismus der dummen Kerls“ abgetan, so sei inzwischen der Antizionismus als „ehrbarer Antisemitismus“ gang und gebe. Der Antisemitismus sei jedoch enthalten im Antizionismus „wie das Gewitter in der Wolke“.

War Ende der 60er und in den 70er Jahren der Antizionismus das alleinige Territorium der Linken, tauchte er in den 80igern mit der allmählichen Abnahme des staatlich verordneten Philosemitismus, vermehrt auch in den bürgerlichen Medien auf. Das Erbe der „Metropolenlinken“, die Grundlagen des Antizionismus: der Antiimperialismus und das Postulat des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ – und darüber hinaus ganz explizit der „Anti – Zionismus“ und „Anti – Israelismus“ – ist spätestens mit Antritt der rot – grünen Regierung, in die treuen Hände der BRD – Außenpolitik übergegangen.. Dies ergänzt sich mit dem Antisemitismus innerhalb Deutschlands, der sich im Prozess der „Normalisierung“ der „wiederzusammenwachsenden Nation“ immer unverblümter und offener artikuliert. Der unaufhaltsamen Läuterung einer „ganz normalen Nation“ steht der noch immer gepflegte „heimliche Stolz auf den längsten Schatten der Geschichte“ nicht im Wege, im Gegenteil.

Die Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus liegt heute im Etikett. Mit dem „Pathos des doppelt reinen Gewissens“ – „wir sind 1. nachgeboren“ und „2. antifaschistisch“ wird auf der einen Seite von der „Auschwitzkeule, von der man sich endlich befreien müsste“ gefaselt, während die Linke ungeniert von der „Antisemitismus- Keule“, oder dem Antisemitismus als „Totschlagargument“ fabuliert. Deshalb an dieser Stelle einige spezifischen Denkstrukturen mittels derer der Antisemitismus die Welt konstruiert.

Sein erstes strukturelles Kennzeichen ist ein Manichäismus, welcher die gesamte Welt vorgeblich „erklärt“. Auf der einen Seite gibt es das „abstrakte“ Böse, alle abgelehnten Phänomene werden ihm zur Last gelegt. Auf der anderen Seite steht das bedrohte, wesenhaft Gute, das Konkrete. Zwischen diesen unaufhebbaren Gegensätzen ist der existentielle Kampf unausweichlich: Entweder eigener Untergang oder endgültige Vernichtung des Bösen, das sind die Alternativen. Und es ist klar: Das Opfer hat alles moralische Recht auf seiner Seite, als „verfolgende Unschuld“ zur gewalttätigen Notwehr zu schreiten.



Das zweite Strukturmerkmal der antisemitischen Ideologie ist die Personifizierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Prozesse der zentralen gesellschaftlichen Bereiche – Ökonomie, Politik, Kultur – werden dem absichtsvollen Handeln konkreter Menschen zur Last gelegt. Das abstrakte Böse muss identifiziert werden, es muss Gesicht, Namen und Adresse bekommen, damit der Schuldige gehasst und bekämpft werden können.
Das notwendige Korrelat der Personifizierung bildet die Verschwörungstheorie. Wenn alles Böse in der Gesellschaft, ja in der ganzen Welt dem absichtsvollen Handeln von Menschen zugrunde liegt, so muss dahinter ein heimtückischer Plan, eine weltweite Verschwörung stekken.
Das dritte strukturelle Merkmal des Antisemitismus bezeichnet seinen konstitutiven Zusammenhang mit dem Nationalismus: Der Antisemitismus leistet das, vermittels der repressiven Egalität, was der Nationalismus braucht: die Konstruktion einer homogenen und harmonischen Wir-Gemeinschaft.

Im sekundären Antisemitismus, dem Antisemitismus nach Auschwitz, wird insbesondere die Schlussstrichforderung aggressiv gegen die Juden gewendet. Jedwedes Erinnern an Auschwitz wird gedeutet als Ausdruck jüdi-



scher Geldforderungen und jüdischer Rachsucht, die sich an den armen Deutschen austobe. Die Juden werden zu böswilligen Erpressern und Angreifern, die Deutschen zu armen, sich verteidigenden Opfern, wie sich z.B. immer wieder plastisch in der „Entschädigungsdebatte" zeigte. Adorno bilanzierte bereits 1950: „Keine antisemitische Anschuldigung gegen die Juden ist zu absurd", als dass sie nicht zum Beweis dafür herangezogen werden könnte, „dass die Juden überhaupt an allem, was ihnen widerfuhr, selbst schuld seien". Henryk Broder brachte diese emotionale wie ideologische Disposition mit folgendem Satz auf den polemischen Punkt: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen" .

Eine Linke, die weitgehend immun gegenüber dem Antisemitismus sein will, muss zumindest die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie als Kapital – und Staatskritik begreifen, also als Kritik an der Totalität der kapitalistischen Gesellschaft; und sie weder auf eine Kritik der Zirkulation durch die Produktion verkürzen, noch auf eine Denunziation der Macht vermittels der Menschenrechte . Doch zumeist wird in dem diffusen linken Grundkonsens die kapitalistische warenproduzierende Gesellschaft auf einen von oben gesteuerten monolithischen Machtblock reduziert, und unter „Ideologie" wird wenig mehr verstanden als eine geschickte Lüge. Zwangsläufig entsteht auch bei diesem verkürzten Antikapitalismus ein binäres, personalisierendes Denken, welches eine Clique von bösen „Herrschenden" annehmen muss, die mittels direkter Repression, Bestechung per Sozialpolitik und gemeiner Propaganda die guten anderen, die „Beherrschten", niederhalten. Je weniger an die Revolution daheim zu denken war, desto mehr glaubte man, wenigstens in den Befreiungsbewegungen der „3. Welt" die Verkörperung der weltrevolutionären Kräfte gefunden zu haben. Überall stand der monolithische Imperialismus als Verschwörung der Metropolen gegen geeint kämpfende „Völker". Die Parteinahme für die aufständische Bevölkerung mutierte zur unkritischen Pauschalidentifikation mit der jeweiligen nationalen Befreiungsbewegung. Generös wurde dabei übergangen, dass das hochgelobte „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nur die Kehrseite des Imperialismus ist.
Und so wurde auch der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern mittels der anti-imperialistischen Schablone gedeutet. Dies aber musste fatale Folgen nach sich ziehen. Es weist in seiner Grundkonstruktion zahlreiche strukturelle Ähnlichkeiten mit dem antisemitischen Weltbild auf: Auch hier verkennt eine vereinfachende Sicht Herrschaft als Fremdherrschaft und Ausbeutung als fremde Machenschaft. Ebenso werden hier in der Personifizierung konkrete Völker existentiell bedroht gesehen durch eine Verschwörung von bösen Kapitalisten und imperialistischen Politikern.
Damit Israel als „Vorposten des US – Imperialismus" denunziert werden konnte, mussten und müssen auch historische Tatsachen ignoriert werden. So z.B. dass 1947 die Sowjetunion vor der UN die vehementeste Befürworterin einer Teilung Palästinas war, die USA dagegen ein Waffenembargo verhängt hatten, und die Tschechoslowakei über eine Luftbrücke Waffen und Munition an Israel lieferte, die der junge Staat im ersten Nahostkrieg zum Überleben dringend benötigte – all dies passte natürlich nicht ins Weltbild. Getrieben von der fetischisierten Wahrnehmung war klar, wo der „Feind" stand: "Die Welt im Nahen Osten ist in zwei Fronten geteilt, da sind die arabischen Völker, die von den progressiven Kräften der Welt im Sinne des Fortschritts unterstützt werden, demgegenüber stehen die zionistischen Kreise, die jüdische Bourgeoisie und Monopole in und außerhalb Israels, die von der ganzen kapitalistischen Welt unterstützt werden."
Der auffallendste Zug am Antizionismus war sein geradezu zwanghaftes Bestreben, Zionismus und Israel mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen. Bei keinem anderen Staat wurden alle, von den K-Sekten bis zur RAF, von Palästina-Gruppen bis zu den Grünen, so reflexhaft von der Faschismus-Assoziation überwältigt wie bei Israel.

„Die Juden" bzw. „die Zionisten" tauchen im linken Antisemitismus bzw. im Antizionismus nicht als „kulturell minderwertiges" Kollektiv auf (wie im Rassismus), sondern als allmächtige Individuen, die ihre Machenschaf-

ten hinter der liberalen Maske verstecken. Während rechte AntisemitInnen sich die kapitalistisch vermittelte Herrschaft wünschen als unvermittelte, als positive Barbarei, basiert der linke Antisemitismus auf dem Wunsch, der gesellschaftlich vermittelten Herrschaft, unvermittelt, als mit sich selbst identisches Subjekt, entgegenzutreten, anstatt sie als das zu kritisieren, was sie wesentlich ist: Unpersönlicher, versachlichter Zwang. Indem die Antizionisten dem „notwendig falschen Bewusstsein" verhaftet blieben, reproduzieren sie strukturell dieselben antisemitischen Stereotypen wie die Antisemiten. Gemeinsam finden sie sich als Freunde des „wahren, echten, naturwüchsigen Volkes der Palästinenser" wieder, das doch um soviel „authentischer" wirkt, als dieses „künstliche", irgendwie „abstrakte Israel".
Dabei wird weder wahrgenommen dass der Zionismus eine Nationalbewegung wie jede andere auch ist, noch wird von den Antizionisten gesehen, dass Israel ein bürgerlicher Nationalstaat ist, wie alle anderen auch, an dieser Stelle werden sie plötzlich alle zu überzeugten Verfechtern des Antinationalismus. Jedoch macht Israel nichts anderes als alle andere Staaten auch, es versammelt seine Bürger unter dem Zwangsdach Staat, allerdings gibt es einen existenziellen Unterschied: nur Israel bietet allen Juden die Gewähr, nicht weiter wegen ihres „Jude sein" verfolgt zu werden.
Dieser „ehrbare Antisemitismus", um noch mal Jean Amery aufzugreifen, wird gerne mit dem Argument kaschiert, welches letztendlich sogar selbst geglaubt wird, sie – die antizionistischen Antiimperialisten – würden ja keine Menschen oder Völker angreifen, sondern nur politische Ideologien. Von Hass auf Juden oder auf das „jüdische Volk" seien sie „meilenweit entfernt".
Wenn aber nicht mehr unterscheidbar ist, ob Metaphern wie „Feind der Welt" (Joseph Goebbels) oder „Feind der Menschen" (Autonome Nahostgruppe Hamburg 1989) oder „blutrünstige und machtgierige Bastion gegen die Völker" (KPD/ML 1974) oder „Sinnbild alles Bösen" (Adolf Hitler) nun von „rechten" deutschen Nationalsozialisten auf „die Juden" oder von „linken" deutschen Befreiungsnationalisten auf „den Zionismus" gemünzt sind, wird endgültig deutlich, wie kurz der Weg vom „Antiimperialismus der dummen Kerls" (so Isaac Deutscher 1967) zum Antisemitismus ist.
Mit ihrer Agitation gegen das „zionistisch-faschistische Staatengebilde" betreibt die Linke nichts anderes als eine Verdrängung der nationalsozialistischen Vernichtung der Juden. Indem deutschen Antizionisten ihre Verantwortung gegenüber den Palästinensern „als Opfer der Opfer" entdeckten, konnten und können sie hervorragend gegen den staatlich verordneten Philosemitismus der Tätergeneration opponieren, sowie ihren Projektionen freien Lauf lassen um sich dann daran zu begeben Auschwitz endgültig „im Jahrhundert der Barbarei untergehen zu lassen" (Jean Amery). Es ist auch wesentlich lustbesetzter, die Opfer von gestern in der Rolle der Täter wahrzunehmen, als sich mit Antisemitismus – und besonders mit dem deutschen, ohne den es kein Auschwitz gegeben hätte, ernsthaft auseinander zu setzen.

Birgit Meier





ANTISEMITISMUS & RASSISMUS

Interview mit Detlev Claussen

ZAG: Das antirassistische Spektrum hält sich in der Diskussion über Antisemitismus stark zurück. Der Grund könnte im Verständnis von Antisemitismus als lediglich einem Aspekt des Rassismus liegen. Entspricht das auch ihrem Verständnis?

Detlev Claussen: Ich denke das ist ein großes Problem, dass man in der linken Tradition den Antisemitismus als eine Unterabteilung des Rassismus betrachtet hat. Das ist aber nicht nur ein Fehler der linken Diskussion gewesen, sondern der wissenschaftlichen Diskussion nach '45, weil man sich auch dort darauf spezialisiert hat, im Antisemitismus den Rassenantisemitismus als ein Spezifikum hervorzuheben. Das führt in die falsche Richtung. Ich denke schon, dass es Berührungspunkte zwischen Antisemitismus und Rassismus gibt. Das ist unbezweifelbar wahr. Aber trotzdem sind Antisemitismus und Rassismus nicht identisch. Die Geschichte des Antisemitismus ist älter, als die des Rassismus. Es ist deshalb sehr wichtig zwischen der langen Tradition des Antisemitismus und der kurzen Tradition des modernen Antisemitismus zu unterscheiden. Ich ziehe es deshalb vor, von einem traditionellen Antisemitismus zu sprechen, der zu den europäischen Agrargesellschaften gehört und von einem modernen Antisemitismus, der mit der Kapitalisierung der europäischen Gesellschaften und dem aufkommenden Nationalismus in Zusammenhang steht.

Der Rassismus ist, wenn man ihn Ernst nimmt, jüngeren Datums. Von Rassismus lässt sich erst ab dem 19. Jahrhundert vernünftig sprechen, als eine Reaktion auf die französische Revolution. Auch dort ist er zuerst einmal ein europäisches Produkt, das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit dem aufkommenden Nationalismus aufgeladen wird. Daher kommt der Schein, dass Antisemitismus, Rassismus und auch die wissenschaftlichen Moden – nämlich die des Biologismus am Ende des 19. Jahrhunderts -, dass dies alles eins sei. Es ist jedoch nur eine zeitliche Koinzidenz.

Der Begriff des Antisemitismus wird häufig erst ab dem späten 19. Jahrhundert mit der Entwicklung in Frankreich angewandt, wo Sie den Ausdruck des „modernen" Antisemitismus wählen. Davor wird der Begriff Antijudaismus gewählt. Wieso machen Sie die Unterscheidung zwischen modernem und traditionellem Antisemitismus?

Detlev Claussen: Ich glaube, es ist wichtig, auch bei der Unterscheidung die Einheit nicht aus dem Auge zu verlieren. Es besteht ein Zusammenhang, es sind nicht zwei verschiedenen Welten. Deswegen bezeichne ich den Unterschied durch das unterschiedliche Attribut. Antijudaismus wähle ich nicht, weil der Begriff eine Vorstellung nahelegt, als ob es sich um etwas handelt, das sich direkt gegen das jüdische Volk richtet. Der Sachverhalt ist jedoch komplizierter, weshalb ich auch dort den Ausdruck Antisemitismus anwende. Das heißt nämlich, dass ein gesellschaftlicher Konflikt mit einer feindseligen Praxis gegenüber Juden in Zusammenhang gebracht wird, und darum geht es mir.

Innerhalb der Postkolonialismusdiskussion wurde die These aufgestellt, dass die antisemitische Vernichtungspraxis in Deutschland eine Extrementwicklung des Kolonialrassismus gewesen wäre. Wird hier nicht die Singularität des Holocaust in einem allgemeinen Gewalt- und Ausgrenzungsdiskurs aufgelöst oder sehen Sie Parallelen z.B. zum französischen oder britischen Kolonialrassismus?

Detlev Claussen: Das verwischt die Unterschiede und deswegen halte ich es nicht für besonders gut, so etwas zu machen. Es ist eines der Probleme, dass Ausdrücke der moralischen Verurteilung genommen werden und diese dann auf alle Phänomene austauschbar angewendet werden. Wenn es analytische Begriffe sein sollen, dann muss der Kolonialrassismus auch etwas mit Kolonien zu tun haben und hat dann darin auch seinen Sinn. Der Antisemitismus hat eine andere Genese und das

muss berücksichtigt werden. Es ist nicht sehr viel geholfen, wenn man alle Phänomene mit den Begrifflichkeiten durcheinandermengt.
Es ist sehr wichtig, dass nicht völlig aus dem gesellschaftlichen Kontext gerissen wird, was in der Nazizeit geschehen ist und was die Vernichtung der europäischen Juden betrifft. Es ist auch wichtig, dies in Zusammenhang mit der Gewaltpraxis des Nationalsozialismus zu sehen. Die Massenvernichtung ist nicht einfach eine Folge antisemitischer Ideologiebildung. Die Sache ist sehr komplex und man muss sich darüber im Klaren sein, worüber man reden will.

Als Grundlage dieser These werden dem Kolonialrassismus und der Vernichtung der europäischen Juden die Gemeinsamkeit einer rassenbiologischen Legitimationstheorie attestiert.

Detlev Claussen: Hier sehe ich die größte Fragwürdigkeit. Nämlich dass hier das gleiche Konzept zugrunde gelegt wird, das man „vom Gedanken zur Tat“ umschreiben könnte. Es ist eine völlige Verkennung des Sachverhaltes, dass zunächst einmal der falsche oder schlechte Gedanke einer rassenbiologischen Begründung da ist und dann die Ausführung kommt. Es ist eher umgekehrt, dass zuerst eine Gewaltpraxis vorhanden ist, für die dann Legitimationen gesucht werden.

Sehen Sie den Unterschied von Kolonialrassismus und der Vernichtungspraxis des Nationalsozialismus in der ökonomischen Verwertung von Menschen durch den Kolonialismus?

Detlev Claussen: Man muss auch hier aufpassen, dass man dem Kolonialismus keine ökonomische Rationalität zugrunde legt, die er letztlich nicht gehabt hat. Die Schwächung des Kolonialsystems wurde auch durch seine ökonomische Irrationalität bedingt. Andererseits kann man sicher sagen, dass die Vernichtung der europäischen Juden nicht einer ökonomischen Rationalität folgte. Es gab zwar innerhalb dieser Vernichtungspraxis bizarre ökonomische Vorteilspraktiken, aber daraus lässt sich die Massenvernichtung überhaupt nicht erklären. Das Wesentliche ist, dass man versucht, die Unterschiede festzuhalten. Der Kolonialrassismus folgt der europäischen Expansion, während die Massenvernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus sich aus der nationalsozialistischen Logik und der nationalsozialistischen Gewaltpraxis ergibt.

Die Diskussion von Antisemitismus und von antisemitischen Tendenzen innerhalb der Linken waren immer heftig. Im Zentrum dieser Auseinandersetzungen stand und steht der Israel/ Palästinakonflikt. Das antiimperialistische Spektrum betrachtet Israel als zu bekämpfenden Statthalter des Imperialismus. Sie sehen sich als Kritiker der israelischen Besatzungspolitik und als antizionistisch, nicht als antisemitisch. Ist dies trennbar?

Diese Begriffe Antizionismus und Antiimperialismus die Ende der 60er Anfang der 70er Jahre Konjunktur hatten, sind von der westlichen Linken ohne sehr viel nachzudenken übernommen worden und man hat viel zu wenig gesehen, inwiefern diese Begriffe durch die sowjetische Politik kontaminiert worden sind. In diesem Zusammenhang ist es jedoch tatsächlich so, dass die Antizionismuskampagnen im von der Sowjetunion beherrschten Raum immer antisemitische Konnotationen hatten. Das hat die westliche Linke völlig übersehen. Sie hat sehr naiv diesen Sprachgebrauch nachgeahmt, ohne zu sehen, dass diese Begriffe überhaupt nicht unschuldig sind.
Zweifellos sollte man aber festhalten -und das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass es immer sehr interessierte Darstellungen gegeben hat, jegliche Kritik an der israelischen Politik durch ganz schlichte Gleichsetzungen von Antizionismus und Antisemitismus abzuwehren. Das ist in dieser Generalität überhaupt nicht gerechtfertigt. Man muss einfach sehen, dass das zionistische Projekt ein Projekt des politischen Nationalismus gewesen ist. Dieser politische Nationalismus hat sich nur in einem kolonialen Kontext realisieren können. Das ist eine der Wurzeln des Nahostkonfliktes, die man nicht einfach wegerklären kann, sondern die vorhanden ist und in deren Logik es auch liegt, dass Israel zu einer Besatzungsmacht geworden ist. Unter diesen Folgen hat Israel nun schwer zu leiden und seit dem 6-Tage-Krieg ist es unabweisbar, dass Israel diese Realität, eine Besatzungsmacht zu sein, anerkennen muss und dass die Realität und Existenz als Besatzungsmacht auch die eigene Legitimität anfrisst.

Dem steht der Vorwurf entgegen, dass unter dem Deckmantel einer Kritik der israelischen Besatzungspolitik und des Zionismus antisemitische Einstellungen propagiert werden, die durch eine Delegitimierung Israels das Existenzrecht des israelischen Staates in Frage stellen wollen.

Detlev Claussen: Dazwischen kann man doch ganz klare Trennungslinien ziehen. Meine Kritik richtet sich vor allem dagegen, dass viele Leute immer mit großen Begriffen herumgefuchtelt haben, ohne sich klarzumachen, dass die Logik der Politik von Zionismus und Antizionismus, wenn man sie als ein Projekt des politischen Nationalismus versteht, ist, dass es hier zu einem Zusammenstoß verschiedener Nationalismen kommt, dem israelischen und dem palästinensischen Nationalismus.
Für einen politisch denkenden Menschen bleibt hier nichts anderes – und das wurde schon lange formuliert – als die Form der gegenseitigen politischen Anerkennung. Zur Zeit sehen wir, dass es auf beiden Seiten ganz erhebliche Kräfte gibt, die versuchen dieser politischen Logik durch eine Fundamentalisierung der Politik zu entkommen.

Ein palästinensischer Staat wird oft als agressive Gegengründung zur Delegitimierung des israelischen Staates mit dem Ziel seiner Beseitigung aufgefasst. In der nationalstaatlichen Logik stellt dies das Existenzrecht der Juden in Frage.

Detlev Claussen: Die Gründung eines palästinensischen Staates hat den Zweck und den immanenten Sinn, dass es zu einer gegenseitigen Anerkennung kommt. Und gegenseitige Anerkennung heißt, die gegenseitige Existenz anzuerkennen. Dazu sehe ich überhaupt



keine Alternative. Alle politischen Kräfte auf beiden Seiten, die in eine andere Richtung arbeiten, halte ich für verhängnisvoll. Sie arbeiten aktiv an der Herbeiführung einer Katastrophe.

Die ökonomische Abhängigkeit eines palästinensischen Staates von anderen Staaten wird als Grund für eine latente Agressivität einer solchen Staatsgründung angesehen.

Detlev Claussen: Ein palästinensischer Staat, der es schafft, mit Israel zu kooperieren, hätte ausgezeichnete Aussichten, er könnte geradezu ein Ferment im Nahen Osten sein, besonders wenn er es schafft, sich als säkularer Staat zu konstituieren. Das Schreckliche an diesem Konflikt ist, dass diese Rationalität von den Konfliktparteien geradezu ausgetrieben wird und im letzten Jahr Möglichkeiten eventuell für Generationen zerstört worden sind.

Die Filmindustrie hat in den vergangenen Jahren verschiedene Produkte zum Thema Holocaust auf den Markt gebracht. Besonders großen Anklang fanden z.B. „Schindlers Liste“ und „Das Leben ist schön“. Sie werden auch gerne in Schulen vorgeführt. Ist eine derartige stark emotional verankerte Darstellungsweise eine Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus und Auschwitz?

Detlev Claussen: Das Problem steckt schon darin: Auschwitz ist kein Thema. Diese Departementalisierung zu pädagogischen Zwecken hat immer etwas Verzerrendes. Auf der anderen Seite muss man sehen, dass durch die Ausbreitung und die Kulturindustrialisierung des Holocaust jedes aktuelle Bewusstsein mit diesem kulturindustriellen Phänomen in Berührung kommt. Insofern ist jedes kulturindustrielle Phänomen auch eine Chance, diese verzerrende Perspektive rückgängig zu machen oder in Reflektion zu verwandeln. Das ist eine mühselige Aufgabe, aber diese Möglichkeit besteht immer.
Man sollte sich nur keiner Täuschung hingeben, dass die kulturindustriellen Produkte für sich selbst sprechen und für sich selbst Aufklärung schaffen. Wenn man einen Film wie „Schindlers Liste“ vorführt, muss man eine ganze Menge wissen, um in einer Diskussion darüber diese verzerrenden Perspektiven deutlich machen zu können.

Welche Möglichkeiten einer adäquaten Darstellung sehen Sie innerhalb der Medien?

Detlev Claussen: Nicht umsonst haben sich an Auschwitz Gedanken der Undarstellbarkeit in Kunst und Kultur, aber auch in Wissenschaft angeschlossen. Das ist etwas, das man nicht auf die leichte Schulter nehmen sollte. Man sollte nicht glauben, dass diese Hürden, die kluge Leute schon vor 50 Jahren festgestellt haben, geringer geworden wären. Da möchte ich vor jedem Optimismus warnen. Es gibt keinen Königsweg – dass es z.B. mit Bildern leichter ist, oder im Film oder im Fernsehen.
Gegen die Aufgabe reflektorisch damit umzugehen, d.h. sich auch mit abstrakteren Medien auseinanderzusetzen, also: lesen, lesen, lesen, davor ist man keineswegs gefeit, wenn man sich mit anderen Medien vertraut macht.

Zur Zeit jagt auf der Rassismuskonferenz der Vereinten Nationen in Durban ein Eklat den nächsten. Durch das Abschlussdokument der NGOs wird Israel als Apartheidstaat verurteilt und die gerade laufenden Diskussionen um die Abschlussresolution der UN-Konferenz führten zur Abreise der us-amerikanischen und der israelischen Delegation. Festgemacht wird der Apartheidsvorwurf beispielsweise am israelischen Eheschließungsgesetz, das Ehen zwischen den Rassen und verschiedenen Religionen verbietet. Was halten Sie von der Gleichsetzung des israelischen Staates mit Apartheid?

Detlev Claussen: Ich finde das politisch kurzsichtig und auch dumm. Ich finde es schlecht, dass die Schlachten des Kalten Krieges noch einmal geschlagen werden, anstatt auszuarbeiten, welches die politischen Alternativen im Nahostkonflikt sind. Man arbeitet einer politischen Fundamentalisierung aus legitimatorischen Zwecken in die Hände, wenn man versucht die Auseinandersetzung um die israelische Politik im mittleren Osten, aber auch die Irrwege des arabischen und palästinensischen Nationalismus, auf diese alten Kontroversen „Zionismus als rassistische Praxis" zurückzuführen. Das ist eine Form der Entpolitisierung und als solches ganz falsch, was da geschieht.

In Deutschland wurde in der Stadt Kempten vor kurzem ein Gerichtsurteil getroffen, das den Ausdruck „Zigeunerjude" nicht als Beleidigung, sondern als freie Meinungsäußerung wertet. Wie bewerten Sie dieses Urteil?

Detlev Claussen: Dieses Urteil ist schlicht ein Skandal und genauso tolldreist, wie die Erlaubnis für Hess, auf die Straße zu gehen. Ebenso absolut dummdreist und jenseits aller Realitäten ist die Begründung, dass Zigeuner ein nichtwertender Ausdruck sein soll und dass Jude ebenfalls ein nichtwertender Ausdruck sein soll. Das Gericht erkennt einen gedoppelten Versuch, jemanden zu verletzen, überhaupt nicht als Verletzung an. Dieser Skandal zeigt auch, wie wenig begriffen worden ist. Hier handelt es sich bei einer antisemitischen Äußerung nicht um eine durch die Meinungsfreiheit gedeckte Äußerung, sondern – wie man an diesem artifiziellen Ausdruck, der verletzen soll, sieht – um ein agressives Wort. Diese Verbalpraxis ist Teil einer Gewaltpraxis, und das hätte das Gericht ahnden müssen.

Interview: Tobias Faßmeyer

Prof. Dr. Detlev Claussen arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Hannover zu den folgenden Schwerpunkten: Antisemitismus, Xenophobie, Nationalismus, Rassismus, Transformationsgesellschaften, Migrationsbewegungen, Kultur- und Wissenschaftssoziologie, Gesellschaftstheorie und Psychoanalyse

Wichtigste Publikationen:
- Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse zur Erinnerung (Luchterhand, 1981)
- List der Gewalt (Campus)
- Grenzen der Aufklärung (S. Fischer. 1987)
- Vom Judenhass zum Antisemitismus (Luchterhand)
- Mit steinernem Herzen. Politische Essays (Wassmann, 1989)
- Blick zurück auf Lenin (Luchterhand)

Rezension

WIR SIND DIE GUTEN

Am 31. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom 9. November 1938 wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit »Schalom und Napalm« und »El Fatah« beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Bombe deponiert. »Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entschiedenes Bindeglied internationalistischer sozialistischer Solidarität.«

Nicht von einer Neonazigruppe, sondern von den sich links verstehenden »Schwarze Ratten – Tupamaros« wurde dieses Bekennerschreiben im November 1969 verfaßt. Die Gruppe ist längst vergessen. Ihre Ergüsse wurden auszugsweise in einem Buch abgedruckt, das sich mit dem Antisemitismus in der radikalen Linken befaßt. Die hatte sich im Gefolge der Studentenbewegung in Abgrenzung zu den traditionellen Linksparteien gebildet und wurde mit solch unterschiedlichen Begriffen wie Spontis, Basisgruppen, Undogmatische oder Autonome belegt.

Spätestens seit dem Golfkrieg Anfang der 90er Jahre ist viel über den linken Antisemitismus geschrieben worden. Doch das vom Unrast-Verlag herausgegebene Buch nähert sich dem Thema einmal nicht mit Analysen und Zitatensammlungen. Die vier Einzelautoren und eine Autorengruppe, alle nach 1960 geboren und in unterschiedlichen Teilbereichen der radikalen Linken aktiv, beschreiben vielmehr ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Antisemitismus in der Szene. Dieser subjektive Ansatz ist nicht ohne Tücken. So mag der Beitrag des Pädagogen Frank Lohscheller, der sich mit seinem eigenen langsamen Abnabelungsprozeß von der autonomen Szene befaßt und dabei immer wieder Rückblicke auf die Nazivergangenheit seiner Großeltern liefert, interessant zu lesen sein. Warum er aber in einem Band zum linken Antisemitismus Eingang gefunden hat, der in dem Aufsatz nur kurz gestreift wird, muß das Geheimnis der Herausgeber bleiben.

Auch Tobias Ebbrecht verliert sich in seinem Text gelegentlich in Abschweifungen, kommt allerdings doch immer wieder zu seinem Thema zurück: Dem Unvermögen aktiver Antifaschisten, Empathie mit dem noch lebenden Opfern der Shoah zu entwickeln. Eine wesentliche Ursache sieht er in einer Faschismus-Analyse, die in den Nazis lediglich Marionetten des Kapitals sieht. »Die Besonderheiten des Nationalsozialismus, mit ihnen der Antisemitismus, gehen dadurch verloren.«

Am Beispiel eines Gesprächs der Generationen, das Marburger Linke 1998 als Rahmenprogramm zur Wehrmachtsausstellung organisiert hatten, zeigt Ebbrecht die



Konsequenzen einer solchen Politik. Während ein an der Runde teilnehmender ehemalige SS-Mann allein für seine Anwesenheit gelobt wurde, obwohl er Fragen über seine Beteiligung an Nazi-Verbrechen auswich und sich selbst zum Opfer stilisierte, wird einer KZ-Überlebenden und der Tochter eines Auschwitzhäftlings, die beide im Publikum saßen, jede Anteilnahme verweigert. Beide verließen schließlich nach Protesten vorzeitig die Veranstaltung. In den Bündnissen für die Entschädigung der Zwangsarbeiter und die Enteignung des IG-Farben-Konzerns sieht Ebbrecht bescheidene Ansätze für eine antifaschistische Praxis, die auf die Nazi-Opfer Bezug nimmt.
Den interessantesten Beitrag lieferte die Politikwissenschaftlerin Irit Neidhardt. Weil sie einen Teil ihrer Kindheit in Israel verbrachte und auch später immer wieder das Land besuchte, wurde sie von ihren linken Mitkämpfern ganz selbstverständlich als Jüdin betrachtet, was teilweise kuriose Ergebnisse hatte. Da gab es Erleichterung in der Politgruppe, wenn sie Formulierungen zu Israel und dem Palästinakonflikt schließlich nach längerer Diskussion doch akzeptierte. »Habt ihr euch besser gefühlt, die Golfkriegsflugblätter zu schreiben mit einer Jüdin in eurer Runde?« So Neidhardts bittere Frage.
Doch nicht nur dem linken Antisemitismus begegnet Neidhardt mit bissiger Ironie: »Für Verkitschung und die Liebedienerei gegenüber Israel, die seit einiger Zeit in gemäßigter Form auch in der radikalen Linken einsetzt, gibt es in der BRD nur einen innenpolitischen Grund.« Ein wirkliches Interesse an der Situation in Israel und Israel vermißt sie in der deutschen Linken. Auch die Intifada-Begeisterung der hiesigen Linken in den 80er Jahren habe sich im Wesentlichen aus »antisemitisch motivierter Genugtuung an der menschenverachtenden Palästinapolitik Israels« gespeist.
Israel-Boykott-Aufrufe, wie sie auf dem im Anhang abgedruckten Plakaten aus den späten 80er Jahren zu finden waren, gehören heute in der Linken wohl der Vergangenheit an, allerdings finden sich weiterhin strukturell antisemitische Argumentationslinien in linker Propaganda.
Strittig muß bleiben, wann man von linkem Antisemitismus sprechen muß. Die antinationale »gruppe demontage« zeiht beispielsweise die Kurdistansolidarität des Antisemitismus, weil sie ohne jeden Beweis im Februar 1999 den Mossad für Öcalans Verhaftung verantwortlich gemacht und auf PKK- Solidaritätsdemonstrationen israelische Fahnen verbrannt habe. Hier könnte man einwenden, daß die »gruppe demontage« einen gerade in antideutschen Kreisen sehr verbreiteten Fehler macht, indem sie jede Kritik an Israel und dem Zionismus als Antisemitismus brandmarkt. Dabei wird übersehen, daß das Spektrum der Kritiker des Zionismus von orthodoxen Juden bis zu den unterschiedlichen Strömungen der jüdischen Arbeiterbewegung reichte.
Andererseits gibt es auch genügend »falsche Freunde Israels«, wie die damalige konkret-Kolumnistin Ulrike Meinhof schon Ende der 70er Jahre schrieb. Man konnte in Deutschland durchaus als Altnazi und Antisemit Israel aus außenpolitischen Gründen unterstützen.
Unbeeindruckt von solchen Überlegungen behaupten mehrere Autoren in der jüngsten Ausgabe des antideutschen Zirkulars Bahamas, nur eine bedingungslose Solidarität mit Israel sei der Gradmesser für einen wirklichen Kampf gegen den Antisemitismus. Diesem fatalen, unbeabsichtigt Deutschland entlastenden Ansatz folgen die Autoren des Buches glücklicherweise nicht. Sie untersuchen die antisemitischen Strukturen der Linken im Land von Shoah und Auschwitz und weichen nicht auf Nebenkriegsschauplätze in den Nahen Osten aus. Denn wie schrieb der auch in antideutschen Kreisen einst hoch angesehene Daniel Goldhagen richtig: Die Shoah war ein deutsches Projekt.
Gerade antideutschen Kritikern sollte nicht daran gelegen sein, die Nazis nach Bagdad oder Ramallah zu exportieren.

Peter Nowak

Willi Bischof, Irit Neidhardt (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken. Unrast-Verlag, Münster 2000, 188 Seiten, DM 26,80 DM

Rezension

NATIONALISMUS & ANTISEMITISMUS

Zum Erklärungsversuch von Klaus Holz

Elie Wiesel hat einmal zum Thema Antisemitismus und Rassismus gesagt: „Nicht jeder Antisemit ist fremdenfeindlich, aber jeder Fremdenfeind ist ganz sicher auch ein Antisemit." Wie verhält sich das jetzt zwischen Nationalisten und Antisemiten? Ist jeder Antisemit gleichzeitig auch Nationalist? Eine Habilitationsschrift zu dieser Problematik legt die Hamburger Edition vor. Die Zusammenhänge zwischen Nationalismus und Antisemitismus sollen dargelegt und damit eine Lücke geschlossen werden: Forschungsergebnisse zu diesen beiden „-ismen" blenden sich bisher weitgehend gegenseitig aus. Dem möchte Klaus Holz abhelfen, indem er sieben verschiedene antisemitische Texte aus unterschiedlichen Epochen und Ländern auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht, was an sich ein interessantes Ergebnis verspricht. Seine These: Für den modernen Antisemitismus ist der Nationalismus konstitutiv.

Wie es sich für eine richtige Habilitationsschrift gehört, legt der Autor zunächst den Untersuchungshorizont seiner Arbeit dar. Auf 160 unerfreulich anstrengend zu lesenden Seiten werden die Defizite der bisherigen Theorieansätze benannt und das eigene methodische Vorgehen begründet. Der Nationalismusforschung wird dabei vorgeworfen, das Problem der Judenfeindschaft auf die Existenz von Antisemiten zu reduzieren. Die Antisemitismusforschung hat sich dagegen von der Untersuchung antisemitischer Kommunikation gelöst und auf die Kontexte, in denen sie auftritt, konzentriert. Demgegenüber entwickelt Holz eine andere Methode, die er Sequenzanalyse nennt, um die antisemitische Semantik zu rekonstruieren. Wie gesagt, wenn man nicht gerade zum Fachpublikum zählt, ist insbesondere das Durcharbeiten diesesTeiles der Arbeit nicht gerade ein Honigschlecken, auch wenn sich die Hamburger Edition sichtbar bemüht hat, die Ausgabe lesefreundlich zu gestalten. Besonders originell ist das Lesezeichen, auf dem in Schlagworten die achtzehn Hypothesen verzeichnet sind, in denen der Autor die Ergebnisse seiner Untersuchung bündelt.

Spannender zu lesen sind da schon die Analysen der einzelnen Texte. Um seine These zu belegen hat der Autor seine Untersuchung ländervergleichend angelegt. So werden Texte aus Frankreich und Deutschland gegenübergestellt, um zwischen den Grundtypen eines politischen und ethnischen Nationenbegriffs vergleichen zu können, anhand des Slansky-Prozesses soll der marxistisch-leninistische Antizionismus als eine Form der Judenfeindschaft analysiert werden, ein Text aus Österreich soll auch den Antisemitismus nach Auschwitz thematisieren. Jede dieser Darstellungen für sich liest sich durchaus mit Erkenntnisgewinn, auch ist die Zusammenstellung interessant.

Die untersuchten Texte belegen aber in ihrer Gesamtheit nicht die zentrale These des Autors, nämlich, dass unterschiedliche Nationalismen jeweils konstitutiv für den modernen Antisemitismus wären. So steht Drumont, dessen Text „La France Juive" die Wesensgleichheit der Judenfeindschaft in Deutschland und Frankreich zeigen soll, gerade nicht für den Grundtypus eines politischen Nationenbegriffs, vielmehr gilt er als einer der Chefideologen der rassistischen völkischen Bewegung. Er richtet sich gegen den in Frankreich herrschenden Nationenbegriff und möchte diesen durch einen ethnisch geprägten ersetzen, wie man selbst aus den Zitaten, die der Autor ausgewählt hat, unschwer erkennen kann. Der Slansky-Prozess in der CSR wird von Holz selbst zutreffend in einer souveränen Kontextdarstellung[1)] als Bestandteil der Strategie der UdSSR dargestellt, die jungen Volksdemokratien bedingungslos zu unterwerfen, also nationalistische Sonderwege auszuschließen. Zeitnah fanden ähnliche Prozesse in Bulgarien, Ungarn und Rumänien statt und wurden in der UdSSR Juden verfolgt. Unter dem Deckmantel des Antizionismus wurden judenfeindliche Argumentationsmuster benutzt, um die Hegemonie der KPdSU gegenüber den anderen kommunistischen Parteien durchzusetzen. Hier richtete sich Antisemitismus gerade gegen partikularistische Interessen. Die antisemitische Konstruktion des Slansky-Prozesses ist eher ein Gegenbeispiel für die zentrale These des Autors.

Goldhagen hat versucht, den Holocaust als Resultat eines spezifisch deutschen eliminatorischen Antisemitismus zu erklären. Notwendigerweise muss Holz diese These ablehnen. Seine eigenen Begründungsversuche reichen aber nicht hin, um Goldhagens These zu entkräften. Wer nach Erklärungen für die Virulenz des Antisemitismus sucht, wird um die Untersuchung nationaler Besonderheiten auch weiterhin nicht herumkommen.

Thomas, Berlin

1) In den Kontextdarstellungen der einzelnen Texte hat das Buch übrigens seine Stärken: Beispielsweise wird in der Analyse einer Hitler-Rede der Konflikt in der deutschen Holocaust-Forschung zwischen den Funktionalisten um Mommsen und den Intentionalisten um Jäckel pointiert zum Ausdruck gebracht.

- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Hamburger Edition. Hamburg 2001



Rezension

THEORIE DES FASCHISMUS – KRITIK DER GESELLSCHAFT

jour fixe-initiative berlin (Hg.)

Die Hemmschwelle, ein Buch mit wissenschaftlichem Anspruch ohne Not, als Lektüre in die nähere Auswahl zu nehmen, ist für viele eher hoch. Es aufzuschlagen und sich das Inhaltsverzeichnis zu Gemüte zu führen, erfordert Engagement. Neben dem Einleitungstext und (wenn vorhanden) dem Resümee kommen oft nur Kapitel mit Titeln von geringerem Dissertationscharakter in die nähere Auswahl. Dieses Verfahren verrät eine gesunde Abneigung gegen masochistische Beschäftigungen.

Trotz der leserischen Unannehmlichkeiten die ein Buch erwarten lässt, das den Titel „Theorie des Faschismus“ führt, ist dies ein Plädoyer dafür, die Hürde zu nehmen. Denn es enthält eine Zusammenstellung lesenswerter Aufsätze. Romancharakter wird niemand von einem Buch dieser Thematik erwarten. Das klingt wie eine Warnung, ist aber nur eine Halbe. Das Fachvokabular hält sich innerhalb vertretbarer Grenzen, die Autoren haben etwas zu sagen und verstecken keine Leere hinter sprachlichen Zumutungen.
Die Grundthese des Buches ist ,dass es ohne eine Theorie des Faschismus auch keine kritische Theorie der Gesellschaft geben kann, da Faschismus eine Transformation der bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese Transformation war im Nationalsozialismus so weitgehend, dass sie einen Bruch der bisherigen Geschichte darstellt. Um nun eine wirksame Kritik der heutigen Gesellschaft mit den in ihr enthaltenen faschistischen Ideologieelementen leisten zu können, muss diese Kritik „Kontinuität und Differenz der bürgerlichen Gesellschaft zum Faschismus und zu seinen Nachfolgern analysieren können, ohne mit Begriffen zu hantieren, die wie >Faschisierung<, >Postfaschismus< oder >autoritärer Staat< bereits von vornherein die Logik des Verhältnisses von Geschichte und Gegenwart festlegen.“
Die AutorInnen der Aufsätze des Buches untersuchen eine breite Palette unterschiedlicher Themenstellungen. Von der Frage nach einem kritischen Begriff des Totalitären bis hin zur Analyse von Science Fiction nach Elementen der Reflektion von Auschwitz. Der Aufsatz zur Problematik linker Postkolonialismus-Rezeption in Deutschland gehört zu den Höhepunkten des Buches. Der Plural ist bewusst gewählt, denn den Fragestellungen wird auf hohem Niveau nachgegangen. Die Beiträge entstammen zwei verschiedenen Theorietraditionen, der Kritischen Theorie und dem Poststrukturalismus. Gemeinsamer Ausgangspunkt aller Aufsätze ist der Ansatz „Die theoretische Reflexion des Faschismus ist die Grundlage für alle Philosophie in kritischer Absicht.“

jour fixe-initiative berlin (Hg.), Theorie des Faschismus – Kritik der Gesellschaft, Unrast-Verlag, Münster 2000.

Law & Order...

7 Thesen zum Schily-Entwurf

Die im Schily-Entwurf vorgesehenen neuen Möglichkeiten der Arbeitskräftezuwanderung sollen offenbar mit massiven Einschränkungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie des für dauerhaft hier lebende MigrantInnen geltenden Ausländerrechts verbunden werden. Das Ausmaß der geplanten Verschärfungen ist vergleichbar mit den Einschränkungen durch den „Asylkompromiss 1993" und wird vor allem zu einer Illegalisierung einer Vielzahl von schutzbedürftigen AusländerInnen führen. Die Neuregelungen sind nicht nur aus prinzipiellen Erwägungen abzulehnen. Die von Schily gegen Asylsuchende und Flüchtlinge vorgesehenen neuen Restriktionen sind nicht zuletzt auch geeignet, ausländerfeindliche Vorurteile und Stimmungen zu fördern.

1. Der Schily-Entwurf schafft neue Möglichkeiten der Arbeitskräftezuwanderung für nicht EU-AusländerInnen

Die neuen Möglichkeiten beinhalten jedoch – auch für ausländische AbsolventInnen deutscher Hochschulen – kaum Rechtsansprüche. Ihre Umsetzung liegt weitgehend im politischen Ermessen der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, teils auch des Bundesamtes. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit ist mit einer eher vorsichtigen Handhabung zu rechnen. Somit ist nicht gesichert, dass im Ergebnis mehr Zuwanderung als bisher möglich ist. Eine Ausweitung des Berechtigtenkreises z.B. auf Hochschulabsolventen.
Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen statt -bewilligungen würde kurzfristig neue Zuwanderungsmöglichkeiten ohne Gesetzgebungsverfahren ermöglichen, ein komplett neues Ausländer- und Asylrecht wäre überflüssig. Für gesetzgeberische Hektik und künstlichen Zeitdruck besteht keinerlei Anlass.

2. Der Schily-Entwurf sieht massive Restriktionen für hier lebende MigrantInnen vor

Das Recht wird durch eine Vielzahl vorgesehener zweckgebundener befristeter Aufenthaltstitel nicht einfacher, sondern komplizierter als bisher.
Der Zugang zu einem dauerhaften Aufenthaltsrecht wird durch die Abschaffung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis und die erheblich verschärften Anforderungen an die (unbefristete) Niederlassungserlaubnis (Nachweis von 60 Rentenversicherungsbeiträgen, Nachweis ausreichender schriftlicher statt einfacher mündlicher Sprachkenntnisse, Einführung einer Staatsbürgerkundeprüfung) wesentlich erschwert.
Der Kindernachzug wird in ausländerpolitisch, verfassungs- und europarechtlich fragwürdiger Weise beschränkt (Nachzug grundsätzlich nur bis 11 Jahre, Sprachprüfungen ab 12 Jahren). Das Gesetz ist auf Intellektuelle zugeschnitten, nicht aber auf die Mehrzahl der real in Deutschland lebenden, meist als Gastarbeiter eingewanderten ArbeitsmigrantInnen.

3. Der Schily-Entwurf sieht nicht hinnehmbare Einschränkungen des Asylrechts vor

Zu nennen sind u.a. die vorgesehene generelle Nichtanerkennung von Nachfluchtgründen, der künftig in vielen Fällen vorgesehene Verweis von Erstantragstellern auf das Folgeverfahren und damit verbunden eine massive Ausweitung rein formal begründeter Ablehnungsmöglichkeiten ohne jede inhaltliche Prüfung der Schutzbedürftigkeit des Asylantragstellers, sowie die neue gesetzliche Möglichkeit des Bundesamtes, über Asylanträge von Antragstellern bestimmter Herkunftsländer auf unbestimmte Zeit überhaupt nicht mehr zu entscheiden.
Die von Zuwanderungskommission und Menschenrechtsorganisationen bemängelten Schutzlücken (Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung, Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention) werden nicht etwa beseitigt, sondern durch Erweiterung der rein formal begründeten Ablehnungsmöglichkeiten und Einschränkungen des ausländerrechtlichen Flüchtlingsschutzes sogar noch ausgeweitet.

4. Der Schily-Entwurf sieht nicht hinnehmbare Einschränkungen des ausländerrechtlichen Flüchtlingsschutzes vor

Bereits jetzt erhalten Kriegsflüchtlinge im Regelfall kein Asylrecht. Schutzbedürftige, aus rein formalen Gründen abgelehnte Asylsuchende, sowie weitere Gruppen sind ebenfalls auf ausländerrechtlichen Abschiebeschutz angewiesen (teils auch als „subsidärer Schutz“ bezeichnet). Infolge der geplanten Verschärfungen des Asylrechts ist die Zahl der auf subsidären Schutz angewiesenen Flüchtlinge künftig größer als bisher.
Die vorgebliche Abschaffung der Duldung ist unzutreffend. Tatsächlich soll die Duldung durch eine „Bescheinigung“ ersetzt und die Abschiebung von Betroffenen wesentlich erleichtert werden. Bisherige Duldungsinhaber sollen die Bescheinigung allerdings nur noch in Ausnahmefällen erhalten. Im Regelfall sollen Duldungsinhaber offenbar gänzlich illegalisiert werden.
Zahlreiche schutzbedürftige Flüchtlinge, etwa aus Somalia, Afghanistan oder Roma aus dem Kosovo, sowie Kurden aus dem Irak erhalten in der Praxis Duldungen jedoch meist nur aufgrund „tatsächlicher Abschiebungshindernisse“, da sie nach der Rechtsprechung und/oder Weisungslage angeblich freiwillig ausreisen könnten und nicht schutzbedürftig seien. Für Albaner aus dem Kosovo und für Bosnier wäre mit dem Tag des Endes der jeweiligen Kriege deren Ausreisemöglichkeit als zumutbar anzusehen, was bei Geltung des neuen Rechts deren vollständige Illegalisierung zum jeweiligen Kriegsende bedeutet hätte.
Die für schutzbedürftige Ausländergruppen gesetzlich vorgesehene Möglichkeit eines politisch verfügten Abschiebungsstopps wird in der Praxis seit Jahren nicht mehr genutzt. Zu befürchten ist, dass auch die hierfür vorgesehenen Möglichkeiten im neuen Recht kaum oder garnicht genutzt werden, soweit sie nur noch auf direkt aus dem Ausland aufgenommene Flüchtlinge, nicht aber auf spontan, mit Besuchsvisum oder über die grüne Grenze eingereiste Flüchtlinge anwendbar sind.
Der an Stelle der Duldung angeblich vorgesehene Aufenthaltstitel nach §25 Abs. 3-5 wird – ebenso wie schon bisher die Aufenthaltsbefugnis – im Regelfall an den Hindernissen Sozialhilfebedürftigkeit und/oder „illegale Einreise“ scheitern. Da auch die Duldung wegfällt, würden etwa 200.000 bis 250.000 Flüchtlinge mit Inkrafttreten des Schily-Gesetzes illegalisiert.
Legalisierungsregelungen für Ausländer ohne Status sind weder vorgesehen noch überhaupt in der Diskussion. Unklar ist, ob und auf welcher Grundlage künftig Altfallregelungen für langjährig hier lebende Asylsuchende oder geduldete Flüchtlinge möglich sind.



5. Das Asylbewerberleistungsgesetz soll auf Ausländer mit humanitären Aufenthaltstiteln ausgeweitet werden

Für Asylsuchende und Ausländer mit Abschiebeverbot soll das Asylbewerberleistungsgesetz künftig zeitlich unbefristet gelten.
Das Asylbewerberleistungsgesetz soll statt für 3 Jahre, künftig zeitlich unbefristet auf alle Asylbewerber, aber auch auf alle Ausländer mit Abschiebeverbot angewendet werden. Das Gesetz gilt weiterhin für alle ausreisepflichtigen Ausländer und Flüchtlinge.
Zudem ist die Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes auf alle bisherigen Inhaber einer Aufenhaltsbefugnis (Kranke, Behinderte, Flüchtlinge mit Bleiberecht auf Grund Altfallregelung etc.) geplant.

6. Der Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und Flüchtlinge soll erschwert und weitgehend ins behördliche Ermessen gestellt werden

Im Unterschied zu geduldeten Flüchtlingen dürfen Flüchtlinge mit „Bescheinigung“ künftig offenbar generell nicht mehr arbeiten. Die Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltstiteln liegt – mit Ausnahme Asylberechtigter und Konven-

tionsflüchtlinge – lediglich im Ermessen der Behörden. Für Asylsuchende wird ein 12-monatiges Arbeitsverbot gesetzlich festgeschrieben, anschließend liegt die Arbeitserlaubnis im Ermessen der Behörden. Globale Arbeitsverbote (vgl. die Berufsverbotelisten in NRW) werden wesentlich erleichtert, da kein Anspruch auf individuelle Arbeitsmarktprüfung mehr besteht.

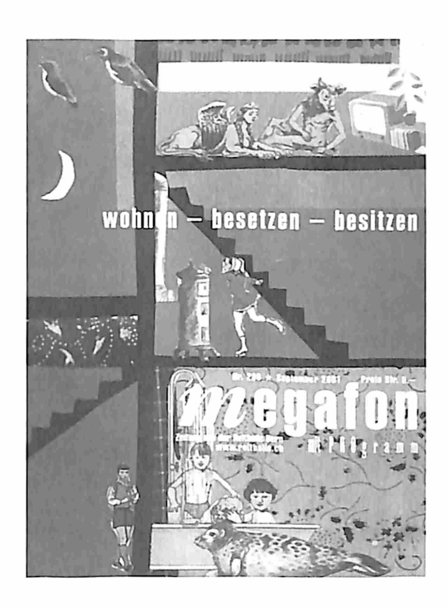
7. Ausländerpolizeiliche Restriktionen wie Residenzpflicht, besonders Ausländerstrafrecht, Datenerfassung und – übermittlung, Einweisung in Sammellager, Abschiebehaft etc. sollen ausgeweitet werden

Die Residenzpflicht wird nicht etwa abgeschafft, sondern erheblich ausgeweitet: Neben Asylbewerbern sind künftig auch Flüchtlinge mit „Bescheinigung", ausreisepflichtige („illegalisierte") Flüchtlinge und ggf. Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltstiteln betroffen.
An den Strafbestimmungen besonders „Ausländerstrafrecht" bzw. „Schlepperparagrafen" (wegen illegaler Einreise, und/oder illegalem Aufenthalt, und/ oder der Unterstützung von Ausländern bei diesen Taten), der Kriminalisierung von Kirchenasyl und Sozialarbeit mit Illegalen wird festgehalten. Ein neuer Straftatbestand der Verweigerung oder falschen Angabe zu Identität und Staatsangehörigkeit wird geschaffen.
Die Bestimmungen zur Datenerfassung und -übermittlung werden massiv ausgeweitet. An den sog. „Denunziationsparagrafen" wird festgehalten, Datenschutz und Persönlichkeitsrechte von Ausländern werden – etwa bei der Inanspruchnahme medizinischer Versorgung oder beim Schulbesuch von Kindern ohne aufenthaltsrechtlichen Status – auch künftig missachtet.
Die Einweisung und Isolation von Flüchtlingen in Sammellager soll ausgeweitet werden. An den asylrechtlichen Bestimmungen zur Verteilung und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird festgehalten. Durch die Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit auch des „Sachleistungsprinzips", wird die Einweisung weiterer Ausländergruppen in Sammellager mit Vollverpflegung bzw. Lebensmittelpaketversorgung ermöglicht. Illegalisierte und ausreisepflichtige Flüchtlinge sollen unter dem Vorwurf des Missbrauchs, in besondere Ausreiseeinrichtungen eingewiesen werden können. Derartige Maßnahmen können sich als Beitrag zur geistigen Brandstiftung auswirken, wie die Ereignisse 1991/92 in Hoyerswerda und Rostock gezeigt haben. Sie fördern zudem die Illegalisierung, da die Betroffenen im Falle der Einweisung in solche Sonderlager vielfach die Illegalität vorziehen werden.
Die Regelungen zur Abschiebungshaft werden entgegen der Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung unverändert übernommen. Es ist davon auszugehen, dass infolge der Illegalisierung 100.000er Ausländer durch Verschärfungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts vermehrt Abschiebehaft begründende Tatbestände geschaffen werden.

Georg Classen

Stellungnahmen von Verbänden, Organisationen, etc. finden sich unter: www.pro-asyl.de/presse01/aktuell.htm





Megafon

Sollte es wirklich noch Menschen geben, die Zeitschriften mit linksradikalen Inhalten lesen, so müssen diese nun auch in der Schweiz damit beginnen Editorials zu überschlagen. Denn das Jammern in dieser Rubrik hat nun auch dort begonnen. Zuwenig Macher, zuwenig Leser. Wie soll es weitergehen? Es mag nerven. Schon allein, weil es sich mittlerweile wiederholt: Erst die Entschuldigung für das Folgende, dann das Gejammer und zu guter letzt die Bitte, Abonnenten zu werben, mitzumachen oder zu spenden. Andererseits ist das Fehlen von allem Möglichen nicht einfach nur bestimmender Alltag in vielen Redaktionen, sondern bedeutet schlicht das Ende. Beleg dafür sind die immer weniger werdenden linksradikalen Zeitschriften.
Und so ist auch im Editorial der 239. Ausgabe der Zeitschrift „megafon" aus der Reithalle Bern der Mangel an Machern und Lesern durchgehend das beklagte Thema. Doch auch nur dort.
Inhalt des Schwerpunkts ist „wohnen – besetzen – besitzen". Beleuchtet wird die immer noch existierende BesetzerInnen – Szene in Bern, die nach wie vor die Besitzverhältnisse kreativ und ideenreich in Frage stellt. In der Rubrik „internationalistische Seiten" ist „Genua" Thema, zudem ist dort ein Interview zum „Grenzcamp" in Frankfurt zu lesen.
Ein Probeabo ist das „Megafon" allemal wert.

Megafon, Postfach 7611, 3001 Bern, Heftpreis 5,-Sfr



Handbuch der Asylarbeit

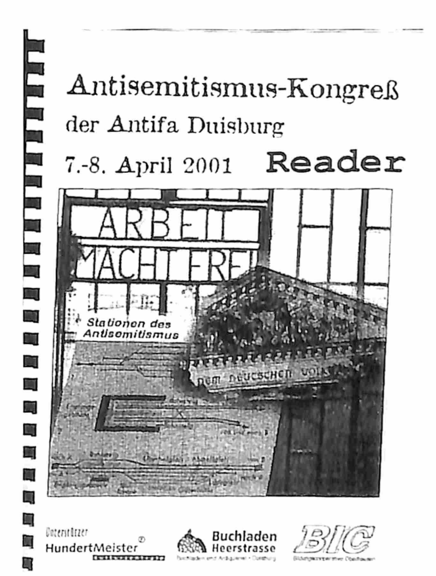
So etwas hört man gerne: „Sofort umsetzbare Praxis – Lösungen" „1000 Tipps und Hinweise...zum Sofort – Anwenden". Beim lesen solcher Anpreisungen mag man an ein Computerhandbuch denken, doch lässt der Satz: „Das gesamte Asyl – Fachwissen... auf einem Blick!" etwas anderes Vermuten.
Ein Handbuch ist es schon, jedoch eben eines der Asylarbeit. Konzipiert als „Loseblattwerk" ist das knapp 1000 Seiten starke Kompendium das wohl ausführlichste in diesem Bereich. Durch die Möglichkeit jede Seite auszutauschen ist es jeder Zeit aktualisierbar. Es werden alle für die konkrete Asylarbeit relevanten Fragen thematisiert. Im Stil eines Computerfachbuchs gehalten, lässt sich schnell und gezielt nachschlagen was für Praxisnähe sorgt: Checklisten, Formulare und Antragsmuster.
Wer durch den Preis abgeschreckt ist, mag vom Rückgaberecht, dass der Verlag während eines Monats einräumt, Gebrauch machen...

Loeper Literaturverlag, Kiefernweg 13, 76149 Karlsruhe, Hotline: 0721-706755, Preis 89,-DM/ 45,-Euro

Reader zum Antisemitismus – Kongress der Antifa Duisburg

Antisemitismus, Antisemitismus ... jaaa, da war doch was. Oh ja, da war was. Und dennoch; was für Rechte zum guten Ton gehört, scheint für die wie auch immer definierte breite Öffentlichkeit mit der Entnazifizierung nach dem 2. Weltkrieg sozusagen qua Fragebogen weggekreuzt worden zu sein. Für die Linke wiederum ist es nach wie vor ein Tabuthema, das höchstens als Teilproblem des rassistischen Normalzustand dekliniert werden kann.
Im „Reader zum Antisemitismus" ist es nachzulesen. Der gute Ton ist nicht nur bei Faschos antisemitisch. Auch in der breiten Öffentlichkeit ist diese „Leidenschaft" (Sartre) nach wie vor Kulturgut und mit Rassismus in keinster Weise zu verwechseln.
Angefangen mit einem Text von 1946, geschrieben von Jean-Paul Sartre und endent mit zwei Artikeln aus der Jungle World von Lars Rensmann, wird der Begriff auf unterschiedlichste Weise und von verschiedenen Perspektiven beleuchtet.
Mit diesem Reader erhält man einen Einblick was bisher über dieses Thema seniert wurde.

Antisemitismus-Kongress der Antifa Duisburg, Reader



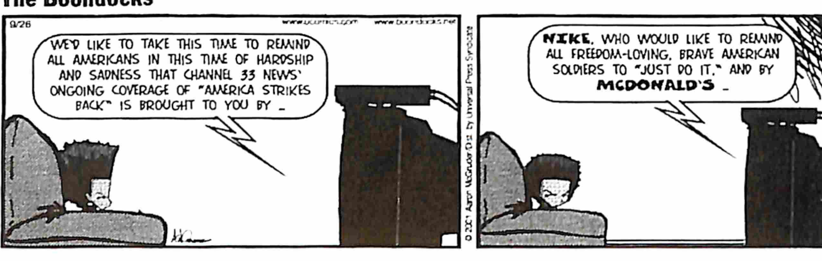


Anti-Antifa

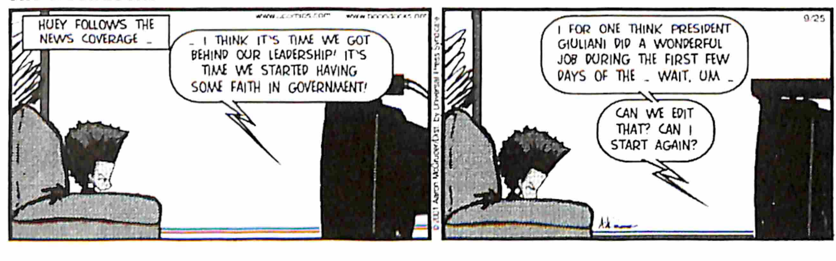
Leider gibt es dieses ausführliche Werk nur als CD-ROM. Das vorweg. Doch wenn man sich die Mühe macht das 284 Din A4 Seiten starke, leider nur im DOC-Format befindliche Werk, entweder in ausgedruckter Form oder auf dem Bildschirm zu lesen, erhält man einen umfassensten Blick über die Struktur der Anti-Antifa. Und nicht nur dies, es werden auch sämtliche mit diesen Organisationen assoziierten Vereinigungen von A wie „Aktion Sauberes Deutschland“ über B wie „Burschenschaften“ bis W wie Wotans Volk beschrieben. Zudem machte sich der Autor Javier Rojas die Mühe, historischen Wurzeln dieser Strukturen freizulegen. Dazu versucht er anhand von Vergleichen der Anti-Antifa mit Organisationen wie der SA oder SS, aber auch mit geschichtlichen Betrachtungen der Polizei und den hiesigen Streitkräften Kontinuitäten aufzuzeigen. Mit einem Blick endet das Werk.

Anti-Antifa – Handbuch über eine aktive Terrororganisation, Neue erweiterte Auflage 2001, 14,95DM (netto) + Versand, Javier Rojas, Postfach 130918, 70067 Stuttgart

The Boondocks



The Boondocks



Themenschwerpunkte:

1992
Nr. 2 Greift ein! – Schaut nicht länger weg
Nr. 3 Wer schweigt stimmt zu
Nr. 4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
Nr. 5 Roma/Rostock (vergriffen)

1993
Nr. 6 Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
Nr. 7 Rassismus und Medien (vergriffen)
Nr. 8 Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
Nr. 9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (vergriffen)

1994
Nr. 10 Rassismus und Bildung
Nr. 11 Innere Sicherheit
Nr. 12 Rassismus und Soziale Frage
Nr. 13 Polizei und Justiz

1995
Nr. 14 Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
Nr. 15 Illegalisierung
Nr. 16 Europa
Nr. 17 Alltag-Kultur-Rassismus

1996
Nr. 18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
Nr. 19 Einwanderungspolitik
Nr. 20 Ökologie
Nr. 21 Balkan, Krieg und Flucht

1997
Nr. 22 City 2000
Nr. 23 Mobilität
Nr. 24 Globale Migrationskontrolle
Nr. 25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität

1998
Nr. 26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
Nr. 27 Antirassistische Jugendarbeit
Nr. 28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
Nr. 29 Sport und Rassismus

1999
Nr. 30 Das Ende der Tabus
Nr. 31 Gesundheit als Privileg
Nr. 32 Die Bilder-ZAG
Nr. 33 Konzepte antirassistischer Arbeit

2000
Nr. 34 Islambilder
Nr. 35 Schengenland
Nr. 36/37 Zimmer ohne Aussicht

2001
Nr. 38 Abschiebehaft

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
02 41/3 48 68

Bayreuth
Neues Antira Telefon
0951/603 08 74

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo 17.30–21h, di 19–21h,
do 17–19h

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
05 21/6 40 94
mo-fr 10–13h & di 18–20h

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
04 21/70 64 44
di 15–19h

Delmenhorst
Infotelefon
0 42 21/1 78 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
02 31/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
02 11/9 92 00 00
24 Stunden

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
0 91 31/20 22 68
di. 10–12

Essen
Anti-Rassismus-Büro
02 01/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/– antifaschistisches Notruftelefon
04 61/79 14 64
mo–sa 19–20h, so 20–21h

Hamburg
Antirassistisches Telefon
0 40/43 15 87
mo–sa 9–23h

Kassel
Büro antirassistischer Initiativen
05 61/1 79 19

Lübeck
Antifaschistisches Telefon
04 51/7 02 07 48
täglich außer so & di,
18–21h

Passau
Infotelefon Antifa
08 51/3 61 06
fr 16–18h

ZAG-Bestellpostkarte:

Ich abonniere die ZAG ab der Nr.......... und erhalte ein ZAG Jahresabo, vier Ausgaben zum Preis von 24,– DM.

❒ Auslandsabo zu 35,– DM
❒ Förderabo in Höhe von..........DM.
❒ Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos den Jahrgang 1998 (Nr. 26–29) oder
❒ Bitte schickt mir die Mumia-CD

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto

Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Konto: 303 96 01

ZAG/Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH
D–10965 Berlin

ZAG im Abonnement

Wer die Zag regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Jahresabo, (4 Ausgaben) kostet 24,– DM, (Ausland 35,– DM) inkl. Versandkosten. Lieferung nur gegen Vorauskasse. Bitte füllt die Bestellung und die Überweisung vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. In der Abo-Verwaltung taucht immer wieder das Problem auf, daß wir wegen mangelnder Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden. Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. (Spenden sind steuerlich absetzbar). Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 % Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.